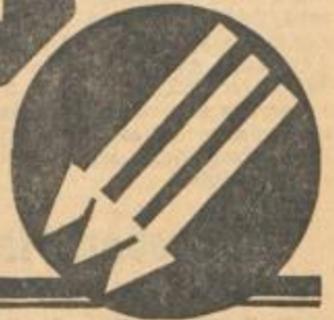


Redaktion u. Expedition:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 9  
Tel. A7 Dönhoff 292-297

Erscheint täglich außer Sonntags  
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro  
Monat (banon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus)  
Im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich  
60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis:  
Die 10 Sp. 20 Pf.  
Die 10 Sp. 30 Pf.  
Die 10 Sp. 40 Pf.  
Die 10 Sp. 50 Pf.  
Die 10 Sp. 60 Pf.  
Die 10 Sp. 70 Pf.  
Die 10 Sp. 80 Pf.  
Die 10 Sp. 90 Pf.  
Die 10 Sp. 100 Pf.



## Bracht droht Berlin!

### Er will eine Verwaltungsreform „diktieren“

Der Oberbürgermeister von Berlin hat am Dienstagabend von dem Oberbürgermeister von Essen, Dr. Bracht, der gegenwärtig als stellvertretender Kommissar in Preußen amtiert, durch die Hand des Oberpräsidenten die folgenden beiden Erlasse erhalten:

I.

Wie ich aus der Presse ersehe, erörtern die zuständigen Organe der Stadt Berlin die Frage der Neuabgrenzung der Verwaltungsbezirke. Auch ich halte zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung der Stadt Berlin die alsbaldige Verminderung der Zahl der Verwaltungsbezirke in der Stadt Berlin für dringend erforderlich.

Daher werde ich, falls die nach § 14 Abs. 2 des Gesetzes über die Bildung der Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 zur Abänderung der Verwaltungsbezirke berufenen Selbstverwaltungsorgane der Stadt Berlin nicht in kurzer Zeit zu einem brauchbaren Ergebnis kommen, dem Staatsministerium vorschlagen, diese Aufgabe durch eine auf die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. August 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 453) gestützte Verordnung zu lösen.

Aber auch bei dieser Art der Lösung sollen nach meiner Absicht in erster Linie Selbstverwaltungsorgane der Stadt Berlin die Entscheidung treffen. Deshalb soll unter Beilegung der zur Zeit erforderlichen Zustimmung der Stadtoverordnetenversammlung und der beteiligten Bezirksversammlungen die Entscheidung in die Hand des Magistrats gelegt werden. Wenn der Magistrat wider Erwarten innerhalb einer in der Verordnung zu legenden Frist die Zahl der Bezirke nicht herabsetzt, so wird die Festlegung der Anzahl der Verwaltungsbezirke dem Oberbürgermeister übertragen werden.

Der Beschluß des Magistrats sowie des Oberbürgermeisters würde bei der Wichtigkeit der Angelegenheit der Genehmigung des Staatsministeriums zu unterwerfen sein.

Im Hinblick auf die alsdann bald bevorstehende Neueinteilung der Verwaltungsbezirke und die unabhängig davon bestehende Notwendigkeit der Verminderung der Zahl der besoldeten Mitglieder der Bezirksämter beabsichtige ich, dem Staatsministerium vorzuschlagen, durch die Verordnung anzuordnen, daß bis zum Inkrafttreten der Neuordnung der Verwaltungsbezirke eine Neuwahl besoldeter Mitglieder der Bezirksämter nicht stattfindet, wobei gleichzeitig Vorkehrungen getroffen werden, daß sich hieraus für eine geordnete Führung der Verwaltung keine Schwierigkeiten ergeben.

Mit Rücksicht auf den Termin der regelmäßigen kommunalen Neuwahlen bedarf die dringende Frage der Neueinteilung der Verwaltungsbezirke der Stadt Berlin eiliger Lösung. Ich ersuche daher ergebenst, mir bis zum 15. Oktober zu berichten, ob hierüber ein Gemeindefestbescheid unter Zustimmung der beteiligten Bezirksversammlungen gefaßt worden ist.

Diesen Erlaß erlaube ich dem Oberbürgermeister der Stadt Berlin mitzuteilen. Gegen seine Veröffentlichung habe ich keine Bedenken.

II.

Zugleich mit einer Verordnung über die Neuabgrenzung der Verwaltungsbezirke der Stadt Berlin (vergl. Erlaß vom heutigen Tage — IVa V 1116/32) bin ich bereit, zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung der Stadtgemeinde Berlin

Änderungen in der Verfassung der Berliner Verwaltungsbezirke vorzunehmen. Dabei denke ich in erster Linie an die Einführung einer der süddeutschen Stadtratsverfassung ähnlichen Verfassungsreform in den Verwaltungsbezirken, wie sie in dem Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin vorgesehen war.

Aus der Presse ersehe ich, daß in den städtischen Körperschaften zugleich mit der Frage der Neuabgrenzung der Verwaltungsbezirke auch diese Frage erörtert wird. Ich bitte daher, mir über die Stellungnahme und Vorschläge der städtischen Körperschaften zu berichten. Falls eine Umwidmung der städtischen Körperschaften bis zum 15. Oktober d. J. nicht erfolgen sollte, bitte ich, mir über die Stellungnahme des Magistrats und, wenn auch dieser zu keiner Entscheidung kommen sollte, über den Vorschlag des

## Vorstoß gegen Reichsbanner Ortsgruppe aufgelöst — Vorläufer eines Ausnahmegesetzes?

Stralsund, 21. September. (Eigener Bericht.)

Auf Anordnung des kommissarischen preussischen Staatsministeriums ist durch die Ortspolizeibehörde des vorpommerschen Städtchens Richtenberg die dortige Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold „aufgelöst“ worden. Die polizeiliche Verfügung stützt sich auf § 2 des Reichsvereinsgesetzes und auf den Aufruf der Volksbeauftragten vom 12. November 1918. Als Grund wird angegeben, daß „der Zweck des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft“.

Im Februar des vorigen Jahres war es zu einem Zusammenstoß zwischen einer Reichsbannergruppe und Nationalsozialisten auf der Chaussee vor Richtenberg gekommen, wobei einige Nationalsozialisten mit mehr oder weniger erheblichen Verletzungen davonkamen. In dem gegen die Reichsbannerleute anhängig gemachten Landfriedensbruchprozeß wurden Gefängnisstrafen festgesetzt. Unter den Verurteilten befand sich auch der technische Leiter des Richtenberger Reichsbanners, der die betreffende Gruppe geführt hatte.

Nachdem nun die Verurteilungen rechtskräftig geworden sind, ist jetzt die Auflösung der Ortsgruppe des Reichsbanners angeordnet worden.

In der Begründung der Auflösungsanordnung heißt es, daß „als feststehend angenommen“ werden müsse, daß das „Unternehmen der Ortsgruppe Richtenberg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold planmäßig vorbereitet und durchgeführt worden ist“. Dieses „planmäßige Unternehmen“ soll nach Ansicht der Behörde darin bestehen, daß „kurz vorher von führenden Angehörigen“ des Richtenberger Reichsbanners eine Versammlung veranstaltet wurde, in der ein „angeblicher Propagandamarsch beschlossen“ wurde. Es wird also der Versuch gemacht, der gesamten Ortsgruppe die Schuld an Gewalttätigkeiten in die Schuhe zu schieben, für die nur die Beteiligten verantwortlich gemacht werden können.

Außerordentlich befremdend aber muß es wirken, daß dem Ministerium schon der „Beschluß“ eines Propagandamarsches genügt, um darin die Absicht zu Gewalttätigkeiten erblicken zu können.

Von einem vorher auf der Versammlung beschlossenen „Ueberfall“ wagt man gar nicht erst zu sprechen, da die Gerichtsverhandlung dafür keinerlei Anhaltspunkte ergeben hat. Die überaus schwache rechtliche Grundlage zu diesem rigorosen Vorgehen gegen die Reichsbannerortsgruppe findet ihren Ausdruck auch darin, daß ganz unverdient in dem Richtauspruch der verurteilten Reichsbannermitglieder die „Billigung ungezügelter Zwecke“ durch die Ortsgruppe erblickt wird. In der Verfügung heißt es wörtlich:

„Aber selbst, wenn nicht nachgewiesen wäre, daß die Ortsgruppe Richtenberg des Reichsbanners selbst im Rahmen ihrer vereinsmäßigen Betätigung unter Ausnutzung des organisatorischen Zusammenhalts ihrer Mitglieder und der Führerbefugnisse des sogenannten technischen Leiters Lembke diese Ausschreitungen vorbereitet und durchgeführt habe, muß nach dem bisherigen Verhalten der Ortsgruppe gegenüber den an den Ueberfällen beteiligt gewesenen Reichsbannermitgliedern als erwiesen erachtet werden, daß die Ortsgruppe Richtenberg die groben Ausschreitungen des technischen Führers Lembke und seiner Leute duldet und billigt und damit selbst solche den Strafgesetzen zuwiderlaufenden Zwecke verfolgt.“

Die Behauptung, daß der Zweck der Richtenberger Reichsbannergruppe den Strafgesetzen zuwiderläuft ist völlig abwegig, weil alle Reichsbannerortsgruppen nur Teile des gesamten Reichsbanners sind. In den Bundesstatuten sind die Rechte und Pflichten der Ortsgruppen eindeutig festgelegt.

Diese Satzungen aber sind genehmigt und verstoßen nicht gegen die Strafgesetze.

Infolgedessen kann auch eine Ortsgruppe, die die gleichen Satzungen anerkennt, nicht den Zweck verfolgen, den Strafgesetzen zuwiderhandeln zu wollen. Schon deshalb ist die Auflösungsanordnung rechtlich unhaltbar. Sie bekommt aber noch einen pikanten Beigeschmack, wenn man sich daran erinnert, daß bisher noch keine einzige Naziortsgruppe geschweige denn SA- oder SS-Formationen aufgelöst wurden, auch wenn sie als die Quelle zahlreicher Bombenattentate und Kapitalverbrechen enstafol wurden!

Oberbürgermeisters zu dieser Frage zu berichten. Ich bitte ferner, selbst hierzu Stellung zu nehmen.

Kennzeichnend an diesen Schriftstücken ist nur das eine, daß der Herr „Beauftragte“ im preussischen Innenministerium das Recht der Selbstverwaltung auf Ordnung ihrer eigenen Dinge nur in einem gewissen Rahmen anerkennt. Es erscheint uns selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie dieses Recht in vollem Umfang in Anspruch nimmt. Die Berliner Gemeindeförperschaften werden sich hoffentlich auch durch Weisungen des Kommissars nicht davon abhalten lassen, ihre Beratungen in aller Sachlichkeit fortzusetzen und zu Ende zu führen.

Um so energischer müssen wir aber jetzt schon betonen, daß die Entscheidung über die Verfassung schließlich Sache der ordentlichen Gesetzgebung sein muß. Ein Recht, diesen Fragenkomplex im Wege einer Notverordnung zu regeln, können wir in keiner Weise anerkennen, und wir protestieren schon jetzt aus rechtlichen und sachlichen Gründen mit aller Entschiedenheit gegen jede solche Absicht — noch dazu einer kommissarischen Regierung, deren verfassungsmäßige Grundlage wir von jeher bestritten haben und immer bestritten werden.

## Nazis kriechen zu Kreuze. Löbliche Unterwerfung unter Papen und Bracht.

In der heutigen Sitzung des Aestestates des Preussischen Landtages teilten die Nationalsozialisten folgendes mit: Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung würden die Nationalsozialisten vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung abgeben, des Inhalts, daß sie nicht daran dächten, irgendeinen Beamten zum Ungehorsam gegen die kommissarische Regierung Bracht in Preußen aufzufordern. Weiter würden die Nationalsozialisten einen Antrag einbringen, daß auf Grund der Reichs- und Staatsverfassung die Beamten verpflichtet seien, der jeweiligen preussischen Regierung Gehorsam zu leisten, solange diese sich mit ihren Maßnahmen im Rahmen der Verfassung halte.

Ueber diesen Antrag der Nationalsozialisten wird zusammen mit Anträgen des Zentrums und der Deutschnationalen, die ähnlichen Inhalt haben, morgen um 2 Uhr abgestimmt werden. Verbunden hiermit wird auch die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, der dem Landtagspräsidenten Kertt wegen seiner staatsrechtlichen Uebergriffe, wegen seiner Briefe an Hindenburg usw. das Mißtrauen und die Mißbilligung ausdrückt. In den Briefen Kertts an Hindenburg

burg war bekanntlich die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen gefordert worden.

Die Erklärung der Nationalsozialisten bedeutet einen vollständigen und blamablen Rückzug dieser „stärksten Fraktion“.

In der letzten Landtagsitzung hatten die Nationalsozialisten, zusammen mit den Kommunisten, einen Antrag angenommen, wonach die preußischen Beamten nicht verpflichtet seien, den Anweisungen des Reichskommissars Gehorsam zu leisten und seiner Beauftragung zu gehorchen. Papen und Bracht haben von Kerl Zurücknahme dieses Beschlusses verlangt und im Weigerungsfalle ziemlich unmißverständlich mit der Auflösung des Preußischen Landtags gedroht. Man kann feststellen, daß die starken Männer der NSDAP vor dieser Drohung sofort in die Knie gesunken sind. Ein militärisches Aufgebot und des Belagerungszustandes hat es in diesem Falle keineswegs bedurft. Die Ausrückung erfolgte auf das erste Stenogramm der Regierung des Herrenklubs.

## Reichsbankdiskont 4 v. H.

Beschluß des Direktoriums der Reichsbank.

In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank teilte Reichsbankpräsident Dr. Luthar mit, daß das Direktorium der Reichsbank beschlossen hat, den Diskontsatz von 5 auf 4 Proz. und den Lombardsatz von 6 auf 5 Proz. mit Wirkung vom 22. September ab zu ermäßigen. Die letzte Ermäßigung der Sätze um je 1/2 Proz. erfolgte am 28. April d. J.

## 280 Millionen Aufträge.

Reichsbahn-Beschlüsse zur Arbeitsbeschaffung

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat beschlossen, zusätzlich zu den bisher vorgesehenen Mitteln für Beschaffungen und Arbeiten weiter etwa 280 Millionen Mark reiflos für weitere Beschaffungen und Arbeiten zu verwenden, die der Reichsbahn aus den Gullscheinen für die Beförderungssteuer zuzuführen.

Es ist eine Vorfinanzierung der Steuerguldscheine in Aussicht genommen, der der Verwaltungsrat zustimmte. Die Arbeiten beginnen mit dem 1. Oktober und sollen, soweit irgend möglich, noch im Winterhalbjahr durchgeführt werden.

Darüber hinaus beauftragte der Verwaltungsrat den Generaldirektor, die Verhandlungen über die Beschaffung weiterer Mittel in Höhe von 100 Millionen Mark zur Erhöhung des außerordentlichen Beschaffungsprogramms auf 280 Millionen Mark beschleunigt fortzusetzen.

An eisernen Oberbauwerken sollen vom 1. Oktober 1932 ab 8 Monate lang je 40 000 Tonnen im Monat neu beschafft werden. Dazu tritt der entsprechende Einkauf von Holzschwellen und Steinschlag. Auch die Fahrzeug- und Bauindustrie ist an diesem Programm mit Aufträgen beteiligt.

Das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm gibt neben der Mehrarbeit bei den Lieferanten bei der Reichsbahn selbst 24 000 Mann Arbeit. Außerdem können durch Einlegen von Zementgleisen bei der Bahnunterhaltung mindestens weitere 6 000 Arbeiter in Beschäftigung bleiben.

## Polizei gegen Otto Wels.

Ein Zwischenfall im Sportpalast.

Otto Wels wurde gestern während seiner Rede im Sportpalast von einem Polizeibeamten unterbrochen, als er davon sprach, daß sich die Hitlerianer auch große Summen „erschleichen“ hätten, er sich aber sofort berichtigte und erklärte, erschlichen hätten. Die Massenversammlung brach, als der Polizeibeamte auf Otto Wels einschritt, in einen stürmischen Protest aus, der sich erst legte, als Wels und Mitglieder des Berliner Bezirksvorstandes die Massen beruhigten.

## Nochmals: Laßt Hunde beißen.

Off sind Hunde besser als ihre Herren.

Wir haben aus der Illustrierten Beilage des „Wöchentlichen Beobachters“ jenen Artikel abgedruckt, woraus sich ergab, daß die Nazis jetzt deutsche Schäferhunde gegen „Morgensindeln“ und „Rotmord“ abrichten. Hierzu erhalten wir folgende Zuschrift des Deutschen Schäferhundverbandes E. B.:

„Wenn Ihre Mitteilung, daß Leute den deutschen Schäferhund zu irgendwelchen fragwürdigen Mitteln mißbrauchen, den Hund also für dunkle politische Zwecke einspannen wollen, den Tatsachen entspricht, so ist das etwas, was jeder anständige Mensch auf das allerstärkste mißbilligen wird. Sie dürfen insbesondere davon überzeugt sein, daß wirkliche Hundefreunde und Anhänger des deutschen Schäferhundes gegen derartige Absichten in der notwendigen Form und mit den notwendigen Mitteln Stellung nehmen werden. Unangenehm mirkelt aber die Tatsache, daß sie dabei vollkommen unsachlich werden und von „Rätern“ und „Bestien“ sprechen. Was ein treuer Hund für seinen Besitzer bedeutet, liegt doch auf der Hand. Die Leistungen des Schäferhundes als Polizeihund, als Blindenführhund, als Taubstummenführhund usw. sind jedenfalls auch anerkannt. Er wird, wenn er gut abgerichtet ist, natürlich nicht auseinanderhalten können, ob er in diesem oder jenem Falle mit seinen Fähigkeiten mißbraucht wird.“

Unsere Notiz richtete sich selbstverständlich nicht gegen den deutschen Schäferhund, sondern gegen den Mißbrauch. In der Hand eines Stroches wird auch das zahme Tier zur Bestie. Mehr haben wir nicht sagen wollen. Sicherlich sind die Schäferhunde weit besser als die Menschen, die diese Hunde auf ihre Volksgenossen hetzen wollen.

## Brachts Bilanz.

63 Zeitungsverbote seit 29. Juli.

Unter dem Regime des Herrn Bracht sind in Preußen in der Zeit vom 29. Juli bis zum 14. September 63 Verbote von Zeitungen und Zeitschriften erfolgt — pro Woche mehr als zehn Verbote! Das nennt sich Pressefreiheit!

Verboten! Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat die Wochenschrift „Wandwörter Beobachter“ mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 28. Oktober (!) 1932 verboten. Anlaß zu dem Verbot gab der Artikel „Klar zum Gesichts“, in dem gegen die Reichsregierung im Zusammenhang mit der Reichstagsauflösung schwere Vorwürfe erhoben wurden.

# Die Partei im Kampfe

Wahlvorbereitungen überall

Von den machtvollen Kundgebungen, mit denen die Sozialdemokratie in Leipzig und Berlin den Wahlkampf eröffnete, sind unsere Leser bereits unterrichtet. Auch in allen anderen Teilen des Landes wird die vorbereitende Arbeit kräftig angefaßt.

In Düsseldorf sprach am Sonnabend vor den Funktionären des Bezirkes Niederrhein Genosse Dr. Hilferding unter stürmischem Beifall über den Umbau der Wirtschaft. In der Diskussion und dem Referat des Bezirkssekretärs kam der ungebrochene Kampfesmut der Genossen glänzend zum Ausdruck.

In einer Massenversammlung im Troick in Dessau gelangte Genosse Seger das Verhalten der Papen-Regierung und die lächerlichen Vertuschungsversuche der Nationalsozialisten, die sich plötzlich als Wähler der Volksrechte gebärden. Auch in dieser Versammlung kam ein ungebrochener Kampfeswille zum lebendigen Ausdruck.

Eine eindrucksvolle Freiheitkundgebung veranstalteten im dritten Reich des Herren Klages, in Braunschweig, 600 Jaken

und Pioniere der SAJ., die gelobten, mit ihrer jugendlichen Kraft den Allen in ihrem schweren Kampfe zu helfen.

Die vermehrte Kampfkraft unserer Organisation ließ auch die Bezirkskonferenz in Annaberg in Sachsen erkennen, in der am Sonntag die Genossen Uhlig-Chernin und Jander-Annaberg sprachen.

Die Mannheimer Sozialdemokratie eröffnete den Wahlkampf mit einer Versammlung, in der das jüngste Fraktionsmitglied, der kriegsbeschädigte Genosse Dr. Schumacher - Stuttgart referierte. Er leitete sich unter starkem Beifall für einen größeren Einfluß der Jüngeren auf die Führung der Partei ein.

Mit der Aufstellung der Kandidaten verband die Magdeburger Partei ihre erste Versammlung zum Wahlkampf, in der Genosse Oberbürgermeister Reuter über die kurze Tätigkeit referierte. Die bisherigen Kandidaten für Magdeburg wurden einstimmig wieder aufgestellt.

# Genfer Tagung ohne Deutschland

Büro der Abrüstungskonferenz zusammengetreten

Genf, 21. September. (Eigenbericht.)

Die erste Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz zeigte gleich mit aller Deutlichkeit, daß das Büro mit der entscheidenden Aufstellung aller praktischen Ergebnisse die Konferenz auf lange Zeit völlig erziehen wird. Sämtliche Mitglieder mit Ausnahme Deutschlands sind erschienen, auch Amerika und Rußland. Es liegt auf der Hand, daß die deutsche Regierung sich durch ihre freiwillige Isolierung selbst jeden Einflusses auf diesen wichtigsten Teil der Abrüstungsarbeiten beraubt hat.

Das beweist auch bereits das Programm, das Berichterstatter Benesch für die Bürotagung darlegte. Es enthält die Aufstellung der Punkte für die Punkte, über die Einigkeit bereits erzielt ist. Also Verbot der Luftangriffe gegen die Zivilbevölkerung, Verbot der chemischen Kriegsführung und Kontrolle der Durchführung, ferner die Punkte, über die noch verhandelt werden muß.

Als grundsätzlich dagegen bereits festgelegt sind also Verzicht auf jedes Luftbombardement, Kontrolle der zivilen Luftfahrt, Festlegung des Kalibers der schweren Artillerie und Höchstgewicht der Tanks. Dann Vorbereitung von Lösungen offener Streitfragen wie Heeresstärke, Umgrenzung der Militärbudgets, Waffenherstellung und Waffenhandel, und Maßnahmen gegen Verletzung des Verbots der Anwendung chemischer, bakteriologischer und brandstiftender Kampfmittel. Es folgen schließlich die allgemeinen und politischen Fragen der Sicherheit und Gleichberechtigung.

In seiner Eröffnungsrede wies

Präsident Henderson

wiederholt auf die Notwendigkeit hin, nach acht Monaten schwerer Arbeit endlich zu Ergebnissen kommen zu müssen.

Angesichts der großen Schwierigkeiten, die jede Regierung auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet habe, sei es selbstverständlich durch internationale Zusammenarbeit Erleichterungen für die Völker zu erstreben. Diese Zusammenarbeit sei die Aufgabe des Büros, das der Konferenz praktische Vorschläge für den

entscheidenden Schlag zur allgemeinen Abrüstung

zu machen habe. Das Büro könne nicht auseinandergehen, ohne den Entwurf eines sofort durchführbaren Abkommens fertiggestellt zu haben. Diese zweite Phase der Konferenz müsse greifbare Ergebnisse bringen und er appelliere an die hohe Verantwortung aller Teilnehmer, dies als ihre höchste Pflicht zu betrachten.

Zum Schluß teilte Henderson seinen Briefwechsel mit der deutschen Regierung mit, ohne jeden Kommentar. Auf seinen Vorschlag wurde jede Aussprache über Deutschlands Abgabe vertagt für den Fall, daß die deutsche Regierung auf Hendersons Brief zu antworten beabsichtige.

Das Büro nahm ohne Aussprache das Arbeitsprogramm an und vertagte sich auf den Nachmittag. Der französische Ministerpräsident Herriot nahm an der Sitzung nicht teil, er befindet sich nur heute in Genf, reist am Abend wieder nach Paris und kehrt erst am Montag zurück. Bis zum Beginn der nächsten Woche sind also keinerlei offizielle Verhandlungen zwischen den beteiligten Großmächten über Deutschlands Gleichberechtigungsanspruch und seine Rüstungsforderungen zu erwarten.

USA-Aktion in Genf gegen Deutschland?

Paris, 21. September. (Eigenbericht.)

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Paris Soir“, Sauerwein, hat in Kreisen des Völkerbundssekretariats und unter den in Genf bereits anwesenden Delegierten eine Untersuchung über die durch die deutschen Militärforderungen geschaffene Lage angestellt und dabei folgende interessante Einzelheiten erfahren:

„Die amerikanische Regierung hat eine entscheidende, wenn auch diskrete Rolle bei der Bildung einer Strömung gegen Deutschland gespielt. Diese Bewegung wird noch stärker und präziser werden. Wenn auch gewisse Vorbehalte in bezug auf die Doktrin gemacht werden können, so ist die deutsche diplomatische Aktion für Präsident Hoover und seine Verwaltung in doppelter Hinsicht unerwünscht. Zunächst ist sie es wegen ihrer selbst und wegen der Trompetenbegleitung des Herrn von Schleicher. Diese unzeitgemäße Rust ist die Auflockerung der Atmosphäre notwendig. In zweiter Linie ist Washington der Ansicht, daß die Folgen der tolen Streiche des Herrn von Papen, wenn man sich durch sie beeinflussen ließe, sein würden, jeden Erfolg, selbst einen Teilerfolg des amerikanischen Abrüstungsplanes auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Dieser Plan ist aber selbst mit Vorbehalten, die die amerikanische Regierung erwartet, die große Idee der Republikanischen Partei bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen.“

Zugleich wird von der nationalistischen Presse Frankreichs ein wahres Trommelfeuer von Ermahnungen an Herriot gerichtet, in Genf stark zu bleiben und die deutschen Forderungen kategorisch abzulehnen.



Per Hansson,

der neue sozialdemokratische Ministerpräsident Schwedens.

## Der Tod im Nachtlokal.

53jährige unter Vergiftungserscheinungen erkrankt.

Unter verdächtigen Umständen ist in der vergangenen Nacht die 53 Jahre alte Klavierlehrerin Agnes Wohl aus der Prenzlauer Straße 14, die mit einem unbekannten Manne ein Lokal in der Oranienstr. 68 aufgesucht hatte, tot zusammengebrochen. Da der Verdacht auftauchte, daß der Unbekannte, der inzwischen das Lokal verlassen hatte, der Frau Gift ins Getränk geschüttelt hatte, wurde die Referenordkommission alarmiert.

Frau Wohl war kurz vor 12 Uhr mit dem unbekannten Manne in das Lokal von Bartels in der Oranienstr. 68 eingetreten. Nach einer Viertelstunde stand die Frau auf und begab sich auf die Toilette. Man sah ihr deutlich an, daß sie sich unwohl fühlte. Der Begleiter ging ihr nach, um — wie er zu dem Wirt sagte — nach

der Frau zu sehen. Etwa zwei Minuten später kam er zurück, zahlte am Schankisch die Zeche und sagte zu dem Wirt, daß er gleich wiederkommen werde. Der Wirt wunderte sich, daß die Frau nicht in den Schankraum zurückkam. Als er sich nach ihr umschah, fand er sie neben der Toilette auf dem Fußboden liegend tot auf. Ein Arzt konnte die Todesursache nicht feststellen. Er vermutete, daß die Frau vergiftet worden wäre. Die Leiche wurde beschlagnahmt und ins Schaubaus gebracht. Der Unbekannte, der etwa 45 bis 50 Jahre alt ist, konnte bisher noch nicht aufgefunden werden.

## Siedlung im Konkurs.

Das Ende der Beamten-Siedlung „Heimbau“.

Ueber das Vermögen der „Heimbau“ Gemeinnützige Beamten-Siedlung Berlin ist der Konkurs eröffnet worden. Da die nicht dringlich gesicherten Schulden der Gesellschaft rund 1/2 Millionen Mark betragen, werden die etwas über 1000 Mitglieder der Genossenschaft neben dem Verlust ihrer 200 Mark betragenden Geschäftsanteile mit dem verhältnismäßigen Haftbetrag von weiteren 200 Mark je Geschäftsanteil herangezogen werden müssen.

Die in den Außenbezirken Berlins erbauten Siedlungsblöcke der „Heimbau“ umfassen rund 960 Wohnungen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft ist im Oktober vorigen Jahres und der Vorstand im Dezember zurückgetreten.

Die Beamten-Genossenschaft hat an vielen Stellen an der Peripherie Berlins Siedlungshäuser errichtet. Da die Mitglieder der Genossenschaft bei der Erwerbung der Mitgliedschaft 200 M. als Geschäftsanteil einzahlen mußten und außerdem mit 200 M. je Geschäftsanteil für die Schulden der „Heimbau“ haften, hat sich der Genossenschaftsmitgliedern eine ungeheure Erregung bemächtigt. Bereits im Dezember vergangenen Jahres wies die Bilanz der Gesellschaft einen Fehlbetrag von mehreren hunderttausend Mark auf, diese Unterbilanz soll inzwischen auf etwa 750 000 bis 800 000 Mark angewachsen sein. Einigungsverhandlungen zwischen der „Heimbau“ und den Gläubigern — es handelt sich um Baufirmen und Banken — sind vor einiger Zeit ergebnislos verlaufen. Nach Lage der Dinge ist damit zu rechnen, daß der Konkursverwalter von allen Mitgliedern der Genossenschaft die Hafsumme von 200 M. beanspruchen wird.

# Das 'sabotierte' Sondergericht

Sieben Freisprechungen und eine Geldstrafe.

Bielefeld, 21. September. (Eigenbericht.)

Eine der seltsamsten Sondergerichtsverhandlungen, die bisher überhaupt durchgeführt wurden, spielte sich heute in Bielefeld ab. Auf der Anklagebank saßen neben vier Nationalsozialisten vier junge Republikaner. Die Nationalsozialisten waren des einfachen bzw. des schweren Landfriedensbruches angeklagt, während die Republikaner wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung als Angeklagte neben ihnen saßen.

Die Verteidiger der sämtlichen Angeklagten hatten in dieser Sache einen gemeinsamen Schritt beim Justizministerium getan, der von dort an den Generalstaatsanwalt in Hamm weitergegeben worden war.

Da die Vorfälle weit vor dem Erlaß der Reiverordnung für die Sondergerichte lagen, hatten sie beantragt, das Verfahren dem ordentlichen Gericht zu überweisen und es vorläufig bis zu einer endgültigen Stellungnahme des preussischen Staatsrats zu vertagen. Die Ablehnung dieses Antrages durch den Generalstaatsanwalt trat erst während der Verhandlung ein.

Die Angeklagten und ihre Verteidiger gingen jedoch geschlossen gegen das Sondergericht an, indem sie beiderseits von vornherein erklärten, daß man auf das Recht der Nebenklage verzichtete, weil man auch seinem schärfsten Gegner nicht wünsche, daß er von einem Sondergericht abgeurteilt würde.

In der Tat versuchten beide angeklagten Gruppen im Laufe der Verhandlung sich gegenseitig nicht zu bekämpfen. Auch die Zeugenaussagen brachten keine Aufklärung. Der Staatsanwalt erklärte das als einen glatten Sabotageakt gegenüber dem Sondergericht, der leider gelungen sei. Etwas Derartiges müsse in Zukunft mit allen Mitteln unterbunden werden. Er konnte nur für einen der Angeklagten, der bereits in der Voruntersuchung sich selbst belastet hatte eine dreimonatige Gefängnisstrafe beantragen, während er für die übrigen sieben Angeklagten auf Freispruch mangels ausreichender Beweise plädierte. Die Verteidiger plädierten nicht.

Das Gericht selbst sprach die sieben Angeklagten antragsgemäß frei, während einer wegen Körperverletzung in zwei Fällen zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Der Vorsitzende des Sondergerichts sagte in der Urteilsbegründung, daß es erfreulich sei, daß einander feindliche Parteien in derartige Weise sich zu einem Burgfrieden, den man auch für das öffentliche Leben wünschen könne, zusammengefunden hätten. So bedauerlich das auch an und für sich für die öffentliche Ordnung sei, ist in diesem Falle eine Aufklärung der Vorgänge dadurch vereitelt worden.

# Das Ergebnis von Strefa.

Ein Subventionsfonds für Südosteuropa — sonst nichts!

Die Konferenz von Strefa, auf der über Hilfsmassnahmen für die südosteuropäischen Staaten beraten wurde, hat als Ergebnis nur ein mageres Kompromiß gebracht. Dieses Kompromiß ist eine Vereinigung der deutschen, französischen und italienischen Vorschläge. Es besteht in einem Bericht des Wirtschaftskomitees der Konferenz, der einstimmig angenommen wurde.

Der Bericht sieht als einzig greifbares Ergebnis die Bildung eines Fonds in Höhe von 75 Millionen Schweizer Franken vor, der den südosteuropäischen Ländern (Ungarn, Rumänien, Südserbien und Bulgarien) eine Preisauflagerung für ihre Getreideproduktion gewähren soll. Diese Preisauflagerung soll sich auf die Getreidemengen beziehen, die im Durchschnitt der drei Jahre von 1929 bis 1931 exportiert wurden. Das sind 16 Mill. Doppelzentner Weizen, 15 Mill. Doppelzentner Futtergerste, 13,5 Mill. Doppelzentner Mais, 4,9 Mill. Doppelzentner Roggen, 3 Mill. Doppelzentner Brauereigerste und 1 Million Doppelzentner Hafer. Es ist vorgesehen, daß für jeden Doppelzentner Weizen 2 Schweizer Franken und für die anderen Getreidearten je Doppelzentner 1,5 Franken gezahlt werden. Die Agrarländer haben sich dafür verpflichtet, eine liberale Handelspolitik zu treiben, ohne daß dafür im einzelnen Feststellungen getroffen wurden. Aber die Rechte derjenigen Länder, die mit diesen Staaten Weizenbegünstigungsverträge abgeschlossen haben, sollen in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Wie sich die Einzahlungen in diese Fonds auf die einzelnen europäischen Industrieländer verteilen werden, steht noch nicht fest. Die Feststellungen sollen von dem auf der Konferenz eingesetzten „Europäischen Studienkomitee“ getroffen werden. Deutschland wird keinerlei finanzielle Beiträge leisten zu erfüllen haben, da es mit den südosteuropäischen Agrarstaaten Verträge abgeschlossen hat, in denen diesen bei der Einfuhr von Weizen, Futtergerste und Mais nach Deutschland Vorzugszölle eingeräumt werden.

Eine wirkliche Hilfe für die südosteuropäischen Staaten, die mehr oder minder vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen, kann in dem Konferenzergebnis von Strefa nicht erblickt werden. Die vorgesehene Preisauflagerung können die Lage der südosteuropäischen Landwirtschaft nicht durchgreifend bessern, um so weniger, als kein einziges Land, auch Deutschland nicht, eine Abnahmeverpflichtung für südosteuropäisches Getreide eingegangen ist. Die Ausfuhr der südosteuropäischen Staaten aber besteht zu etwa vier Fünfteln in der Getreideausfuhr. Sie sind also nur bei einem hohen Getreideexport überhaupt in der Lage, eine liberale Handelspolitik zu treiben. Die viel wichtigeren Fragen, wie die Außenhandelsbeziehungen der südosteuropäischen Länder und wie ihre Staatsfinanzen verbessert werden können, sind in Strefa kaum in Angriff genommen worden.

# Großfeuer in Neufölln.

Zwei Dachstühle in Flammen.

Durch ein heftiges Feuer wurden heute früh die Dachstühle des Vorderhauses und Seitenflügels Sanderstraße 4 in Neufölln nahezu zerstört. Die Feuerwehre war stundenlang mit der Bekämpfung des Großfeuers beschäftigt.

Kurz nach 8 Uhr wurde das Feuer von Hausbewohnern bemerkt. Auf dem Treppensur des Vorderhauses machte sich starke Berqualmung bemerkbar, und bald darauf schlugen aus den Bodenluken die hellen Flammen empor. Es scheint, daß der Brand lange Zeit unentdeckt geschwelt hat, denn als die Feuerwehr mit vier Schläuchen an der Brandstelle eintraf, hatte das Feuer vom Vorderhaus bereits auf den Seitenflügel übergegriffen. Sofort wurden sechs Schlauchleitungen und ein Dugend Rauchschuhergeräte in Betrieb genommen. Trotz aller Bemühungen der Wehren brannten die beiden Dachstühle zum größten Teil nieder.

# Max Slevogt und sein Werk

Zu seinem Tode

Mitten aus einem unerhörten reichen Schaffen ist Slevogt abgerufen worden. Er stand jenseits des Parteienstreits um Kunstrichtungen, wie Corinth, obwohl er gleich diesem gewohnheitsmäßig zum Impressionismus gerechnet wurde. Seht, da man sein Werk als abgeschlossen betrachten kann, wird man gestehen, daß er bei manchen Einschränkungen ein großer Maler, ein größerer Gestalter in echt deutschem Sinne gewesen ist. Die großen Ausstellungen, die vor vier Jahren seine Lebensarbeit vor uns ausgebreitet haben, haben uns eindringlich die universelle Bedeutung dieses sehr deutschen Künstlers erwiesen; sie waren ungewöhnlich gut zusammengestellt und ergänzten einander zu einem überreichen Gesamtbild.

Damals ist Slevogt zu seinem 60. Geburtstag in so würdiger Weise gefeiert worden, und es ist nicht müßig, daran zu erinnern. Wenige Tage vor Vollendung seines 64. Geburtstages ist er heimgegangen, in seinem pfälzischen Landfig, nach einer eben vollendeten



Arbeit, die dem Inneren am Herzen lag wie die geistige ganz anders orientierten, technisch freilich artverwandten Fresko-Malereien in Neu-Kladow (jetzt im Kronprinzen-Palais) und im Bremer Ratskeller, und die er selbst ahnungsvoll als seine letzte bezeichnet hat: den Wandgemälden in der Ludwigshafener Friedenskirche.

Max Slevogt war am 7. Oktober 1868 in Landsbut a. d. Havel geboren. Es war ein Künstlerdasein voll glücklicher Voraussetzungen und Uebereinstimmung zwischen Temperament, Bestimmung und Wollen, wo Selbst und Erziehung sich zu einer vorbestimmten Harmonie verbanden: beneidenswertes Schicksal eines begnadeten Menschen. Alles, was Slevogt hernach und außerhalb dieses schönen Lebens- und Begabungstreffes widerfahren und von ihm zu einer fast nicht übersehbarer Produktionsfülle verarbeitet worden ist, wirkt doch nur wie eine Folge seines geschlossenen Jugendkreises. Man muß wissen, daß er schon vom vierten Lebensjahr an gezeichnet, daß

er auf der Schule die Dabysse, den Hannibalzug und andere Lesefrüchte ständig in Illustrationen ungeschult

1885 kam er nach München in die Diezschule, die ihm mit ihren Malproblemen die Phantasie einzuweisen antrieb; Paris 1889 und Italien fügten nichts Wesentliches hinzu; erst Böttinger erregte ihn heftig wieder 1894 in München, und dessen Fabulierkunst wurde ihm zum wahren Prüffstein, an dem sich in der Folge die beiden Seiten seines Genius erprobten und mit Bewußtsein schieden. Zunächst versuchte er, in München, und mit Hilfe von Rembrandt, das Phantasierelement mit malerischer Form zu verschmelzen; leidenschaftliche Visionen wie der Totentanz und vor allem das berühmte Triptychon des Verlorenen Sohnes (1898) beschränkten sich ganz auf farbige Lösung im Delbild. Aber im gleichen Jahr 1898 schon begann er seine Entwürfe zu Alt Babo in zeichnerischer Skizzenform niederzuschreiben; und wahrscheinlich ist es die endgültige Ueberzeugung nach Berlin 1901, die ihm zu seinem Heil die geistige und seelische Kraft des Entschlusses gab, auf malerischem Wege nur mehr Naturwahrheiten zu suchen, seine überreich strömende Phantasie aber im Illustrativen, in Zeichnung und Graphik zu verwirklichen.

In diesem Entschluß ist Slevogts Größe beschlossen. Sein Talent war zwiespältig, und es war schwierig, auf dem langwierigen Umweg über die Farbe und das unjüngliche Delbild den Reichtum seiner Vorstellungen zu fassen. Indem er erkannte, daß seine ursprünglichsten Gaben illustrativer Natur waren, konnte er zum größten Illustrator der Deutschen nach Menzel emporsteigen; er befreite seine Phantasie von der drückenden Last maltechnischer Voraussetzungen und gab sein Eigenstes in unerschöpflich quellenden Zeichnungen zu Dichtergebilden. Diese graphischen Folgen haben seine Kunst erst populär gemacht; sie sind zum ureigensten Besitz unseres Volkes geworden, voll von deutscher Erfindelust und Drastik, der Romantik so nahe wie allen Abgründen brutaler Wirklichkeit, Schnörkel tiefstimmiger Fabulierlust, kindlichem Verständnis so zugänglich wie dem feinsten Raffinement des Kunstfreundes, und ganz erfüllt vom Bewußtsein musikalischer und dichterischer Schönheit.

In seinem gemalten Werk ist darstellerische und formale Spannung in einem ähnlichen Umfang verlorpert, wenn auch nicht ganz auf der Basis höchster Qualität. Es gibt aus allen Epochen Gemälde von Slevogt, die den Reiz der Farbe vom traffen Realismus bis zu verträumter Romantik offenbaren, von der wilden Phantasie des Latenzanges (1896) bis zu der atmosphärischen Wahrheit seiner pfälzischen Landschaften. Manchmal ist man versucht zu sagen, er sei in erster Linie als Maler ein Meister des Lichts in der Landschaft, so vollendet gelingt ihm der Einklang von Luft, Farbigeit, Landschaftsaufbau und Seele der Natur. Doch überwiegt auch hier oft das Improvisatorische. Was nicht auf den ersten Anblick gelang, wurde nicht immer durch Fleiß bezwungen, und eigentlich sind auch hier die schönsten Früchte Skizzen und Entwürfe, wie bei den Illustrationen. Das Wesen deutscher Begegnung, abgesehen von zusammenragenden Fleiß genauester Naturhingabe (die Slevogt nicht gegeben war), zeigt sich in seinem Werk mit wundervoller Offenheit: der Reichtum des Einfalls, die Stärke dramatischer Darstellung, die Intensität des Ausdrucks.

Paul F. Schmidt.

# Französischer Frontfilm.

„Marmorhaus“.

Nach all dem patriotischen Rißch und den subalternen Kalenerhoffwankern der letzten Zeit wird noch einmal die Erinnerung an die guten und pockenden Kriegsfilme, an „Westfront 1918“ und an „Im Westen nichts Neues“ wachgerufen.

Der französische Film „Die hölzernen Kreuze“, Regie Raymond Bernard, hebt seinen großen Vorgängern an Routine und Wissen um dramatische Wirkung um einiges nach; aber er übertrifft sie womöglich noch in der unerhörten Schilderung des Schlachtfeldgrausens. Bei „Im Westen nichts Neues“ gab es ein raffiniertes ausgeglichenes Wechselspiel zwischen Heimat, Etappe und Front, und das Schicksal einer Generation wurde am Schicksal scharf herausgearbeiteter Typen gezeigt. Das Unmenschliche war vermerkslicht. In den „Hölzernen Kreuzen“ spielt die Heimat keine, die Etappe kaum eine Rolle und die Vordergrund-Soldaten sind wenig typisiert; dafür plauzt und perdrauzt die entsefelte Front in einem infernalischen Furioso: immerhin nicht ohne Gliederung und nicht ohne Steigerung.

Prinzipiell Neues über das Fronterleben ist nicht mehr zu sagen. Ein paar neue Nuancen indessen werden ihm obgerungen.

Hin und wieder einmal taucht ein Frontbild auf, das posenhaft wirkt und an „Schlachtfeldpanorama“ erinnert. Lange hält es freilich niemals vor. Der Gewittersturm der Granaten legt es im Nu fort. Eine Meisterleistung der Regie ist der Einzug der verdrehten Frontsoldaten in das Stappendorf. Die heimlich immer vorhandene antimilitaristische Tendenz kommt in dieser Szene ohne Aufdringlichkeit, rein aus der Konfrontation der Tatsachen heraus, wunderbar zum Durchbruch.

Vielleicht ist das Beste, was man über diesen erfreulichen und guten Film sagen kann, daß man die Rationalität der Handelnden vergißt und daß Form und Farbe der Uniformen ohne Bedeutung werden.

H. B.

# Photographierte Operette.

„Gräfin Mariza“ im Primus-Palast.

Wie oft ist das den Filmhaffenden Herrschaften in den letzten zehn, zwölf Jahren nicht gesagt worden: „Photographiert doch um Gottes willen nicht das Theater, es kommt ja nichts dabei heraus!“ Was hat's genützt? Sie lernten nichts zu und machen immer das selbe. Diesmal haben die Drehbuchverfasser Friedemann-Friederich mit dem Regisseur Richard Oswald; immerhin Richard Oswald!! offenbar ein Stillhalteabkommen getroffen; Strophe um Strophe der Leharschen Liebslein wird abgelesen und heruntergeleitet, ohne daß es den lieben Leuten auch nur einfiel, die Kamera-Einstellung zu ändern, ohne daß es ihnen in den Sinn käme, daß „stehende Szene“ ein Opernbegriff ist, der im Wörterbuch eines Filmregisseurs gar nicht vorkommen darf! Oder halten es die Trefflichen vielleicht für „Auflösung des Musikalischen ins Filmische“, wenn der Sänger zwischenmal ein Gläschen genuschelt, eine Zigarette entzündet oder aber, wenn er eine Strophe singend, eine andere stehend, die dritte vielleicht in G.ohaufnahme ins hell lautlockende Publikum schmettert? Oswald kann auch anders, wir wissen es: um so ärger, wenn er diese kindliche, dilettantische, filmhistorisch-antiquarische Angelegenheit unter seinem Namen hinausgehen läßt.

Hubert Mariska benimmt sich haargenau wie auf der Operettenbühne; mit dem selbstverständlichen Erfolg, daß er un-

glücklich komisch wirkt, was freilich nicht seine Schuld ist. Dorothea Bied — unergreifliches Menschenanlich in „Mädchen in Uniform“ —, hier ist sie kaum wiederzuerkennen, eine alberne Filmpuppe wie hundert andere. Sjöde Szakall ist der einzige Lichtbild des Ganzen, eines Ganzen, das in die Joachimsthaler Straße gehört, wo man zur Befähigung des Publikums Filme aus jener Zeit zeigt, in der man eigentlich noch gar nicht filmen konnte. w.

# Die humorvolle „Stimme zum Tag“.

Zeitgemähes im Rundfunk

In Roabit tagen jetzt die Sondergerichte. Roabit ist plötzlich für jeden aus dem Volke ein Begriff geworden: Kriegsgericht wird hier gehalten gegen die eigenen Volksgenossen. Jahrzehnte, Jahrhunderte Zuchthaus und Todesstrafen lauern im Hintergrund; zerstörte Jugend, vernichtete Familien, Heimsuchungen bis ins dritte und vierte Glied. Es ist zeitgemäß, heute über Roabit zu sprechen. Aber was wußte die Berliner Funkstunde, die in den letzten Wochen so oft die Vokabel „Gefühl“ aus freierlichem und nationalsozialistischem Munde zu den Hörern trug, in ihrer „Stimme zum Tag“ von Roabit zu sagen? Ein Herr Otto Faust erzählte — „Heiteres aus Roabit!“ Auch in den Roabit Gerichstgängen, erklärte er, „kichert das Lachen, klattert der Humor“; er berichtete schauderhaft affektiert von irgend einer Bagatelldeliberation. Der Rundfunk ist eben amtliches Regierungsblatt geworden, das den wohlverwalteten Staat zum Gebrauche für Untertanen abbildet. Die „Stimme zum Tag“, falls sie nicht von verstorbenen Oberhofpredigern, Gerichtssekretären oder Zugvögeln zu künden weiß, fällt aus. Allerdings — auch von der Rundfunksternis hatte sie Kenntnis genommen; aus besonderer Sympathie für diese komische Verbunkelung sogar fünf Tage vor ihrem Eintritt! Womit die „Stimme zum Tag“ doch sicher ihre besondere Fortschrittlichkeit dargetan hat.

—z.

# „Junggesellen“.

Kleines Theater.

Die ehemalige Rotterplantage steht jetzt leer. Gestern abend wurde sie zu einem einmaligen Spiel geöffnet. Von einer unbekanntem Autorin Marta Ferber wurde mit unbekanntem Kräfte einmalig ein Stück aufgeführt, das sicher nie wieder das Licht der Rampen erblicken wird. Im Publikum machten sich gruppenhafte Zusammenhänge geltend; die ganze Verwandtschaft der Autorin — es muß eine ziemlich große sein — war versammelt, und sie hatte ihre Karten bezahlt. So unwichtig der Abend ist, vielleicht ist hier doch ein Anfang für eine neue Theaterorganisation sichtbar: das Familientheater. Bisher waren wir der Meinung, daß die Familie für den jungen Künstler meist eine Hemmung bedeutet, gegen die er sich erst durchsetzen muß. Hier aber sah man den kulturfördernden Einfluß der Familie oder der Freundschaft (jüdisch: Witschpoke). Und so wird man vielleicht in Zukunft an den Theatern lesen: hier können Familien Stücke auführen. Die Zeiten sind schlecht für das Theater und man muß alle Möglichkeiten ins Auge fassen.

Auch in theaterrechtlicher Beziehung war der Abend nicht ohne Interesse. Am meisten Heiterkeit löste die Korridorlingel aus — man hätte das Stück auch „Die verhängnisvolle Klingel“ nennen können. Sollte man den Klingelherren nicht auf dem Zettel nennen? Erheblicher aber ist ein anderes Problem: haben Freiberger (Leute mit Freikorten) das Recht, sich auf eigene Hand zu amüsieren?

—z.

# Deutsche „Treue“ im Tarifvertrag

## Notverordnetes Chaos an Stelle der Ordnung

Zwei Tage vor der Notverordnung wurde an dieser Stelle auf Grund der Rede des Reichskanzlers in Münster der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Verschlechterung des Tarifrechts die Unabdingbarkeit, die wesentlichste Errungenschaft und den Kern der Tarifvertragsverordnung, befeitigen und die Abdingbarkeit legalisieren und präzisieren würde. Reumütig müssen wir bekennen, daß wir noch viel zu optimistisch waren. Wir glaubten damals, daß „nur“ der Vorkriegszustand hergestellt werden würde, daß also die Verbände sich nach wie vor zur Tariftreue verpflichten könnten und „nur“ der Arbeitgeber, der Mitglied eines Arbeitgeberverbandes ist oder als einzelner ein Firmentarif abschließt, nicht gehindert sein würde, mit den einzelnen Arbeitnehmern untertarifliche Arbeitsbedingungen zu vereinbaren.

Wir haben uns getäuscht. Die „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung“, wie sie so schön heißt, gibt nämlich nicht erst die Abdingungsmöglichkeit, zu deren Realisierung hätte es ja der

### Kündigung aller geltenden Arbeitsverträge

und damit einer gewissen Ubergangszeit für den Lohnabbau bedarf, vielmehr ermächtigt sie — unter den Voraussetzungen der Belegschaftsvermehrung für die 31. bis 40. Stunde oder der wirtschaftlichen Betriebsgefährdung für den gesamten Lohn — den Arbeitgeber unmittelbar oder (mit Hilfe des Schlichters) mittelbar, die Löhne in gewisser Abstufung zu kürzen. Der Arbeitgeber darf so nach § 1, 6, 8 der Verordnung je nachdem „bis“ zu 5, 10, 15, 20, 25, 30, 40, 50 Proz. kürzen, er kann sich anscheinend von Lohnzahlungsperiode zu Lohnzahlungsperiode ausrichten, in welchem Umfang er von seinem jeweiligen Kürzungsrecht Gebrauch macht. Er mag dort, wo er bis zu 40 Proz. kürzen darf, vielleicht zunächst „nur“ 20 Proz. kürzen, um in der nächsten Woche, wenn ein neuer Auftrag angeblich dazu nötigt, bis zu 30 Proz. und in der nächsten Woche zu 40 Proz. überzugehen, um vielleicht bei genügendem Wohlverhalten der Belegschaft ein andermal wiederum sich mit 20 Proz. zu begnügen. Wahrlich,

### eine Auflösung aller Vertragsbegriffe des bürgerlichen Gesetzbuches,

aller Vorstellungen von Treue und Glauben wird die Folge der Verordnung sein, und wir sehen schon die Juristen (vielleicht unter zureichendem Hinweis auf das Ziel der Verordnung und die Absichten ihrer Väter) darauf aufmerksam machen, daß der Arbeitnehmer sich nicht einmal rechtlich wirksam verpflichten kann, etwa gar nicht oder nur begrenzt von seinem Kürzungsrecht Gebrauch zu machen. Eine zwingende unwiderrufliche Befugnis, so wird es heißen, ist dem Arbeitgeber verliehen; er „kann“ sich gar nicht verpflichten, wenn er bis zu 40 Proz. kürzen darf, davon nur in Höhe von 20 Proz. Gebrauch zu machen, er „muß“ sich den Weg zur vollen Ausnutzung seiner „Befugnis“ offenlassen können, damit nur ja nicht Vertragstreue („ein Mann, ein Wort“) seine Beziehungen zum Arbeitnehmer beherrscht und dieser sich nach altmodischen Vorstellungen darauf verlassen kann, daß ihm kein Tariflohn oder ein nicht in voller Ausnutzung der neuen Befugnisse gekürzter Lohn allmähentlich ausgezahlt wird. Über noch trauerlicher wirkt sich diese Rechtslage im Verhältnis der Tarifparteien aus. Galt es von jeher als Grundelement jedes Tarifvertrages,

daß der Arbeitgeber oder Arbeitgeberverband, der mit einer Gewerkschaft einen Tarifvertrag abschließt, tariftreu sein, d. h. für die Aufrechterhaltung des Tarifvertrages bei den Mitgliedern mit allen verbandsgemäßen Mitteln eintreten oder als einzelner Arbeitgeber den Vertrag ordnungsgemäß erfüllen muß, so werden wir es jetzt erleben, daß, unter Berufung auf die gesetzliche Kürzungsbefugnis, die Arbeitgeberseite auf die Frage der Gewerkschaften, wie es mit der Vertragserfüllung steht, antworten wird: „**Ihr könnt von uns nicht verlangen, daß wir unseren Mitgliedern die Ausnutzung der Verordnung verwehren.**“ Kürzungsstarke Arbeitgeber mögen sich darüber freuen, daß sie heute abschließen, morgen solche Gleichmächtigen der Konkurrenzbedingungen im Ort, im Bezirk oder in den verschiedenen deutschen Landesteilen und damit auch für die wirtschaftlichen Verbände der Unternehmer, für ihre Kartelle und Syndikate darstellt. Vielleicht, daß die Zahl der durch Neueinstellung untertariflich entlohenden Betriebe nicht übermäßig groß sein wird, wo nämlich keine Vermehrung auch für billigere vermehrte Arbeitsstunden da ist, aber der „notleidenden“, mit Erlaubnis des Schlichters bis zu 20 Proz. lohnentziehenden Betriebe wird es bald viele geben, so viele, daß die verbleibenden Betriebe dann kein Interesse mehr an wirtschaftlichen Sinn des Tarifrechts — Ausgleichung der Konkurrenzbedingungen — haben. Die Reichsregierung hat durch diese Art des Vorgehens

### einen Kampf aller gegen alle

auch im Arbeitgeberlager herausbeschworen und nicht nur der neu eintretende Arbeitnehmer wird zum ungewollten Lohnrücker der bisherigen Belegschaft, sondern auch der Arbeitgeber mag dem anderen bei dieser Methode ungeliebte, mühselige und unberechenbare Schmutzkonkurrenz. Gehört nach einem viel zitierten Wort Max Webers die Berechenbarkeit zum Wesen der kapitalistischen Ordnung, so ist die Berechenbarkeit durch die „Belebungs“-Verordnung aufs schwerste erschüttert, der Gedanke der Vertragstreue, der das Tarifrecht von Anfang an beherrschte, verdrängt durch die gesetzliche Befugnis zur Willkür, zur Untreue.

Was würden die Unternehmertreue jagen, wenn man ihren Verbänden kraft Gesetzes gestattete, unter bestimmten Voraussetzungen mit beliebigem Abschlag zu erfüllen, was würden die Hausbesitzer jagen, wenn der notleidende Mieter ermächtigt werden würde, von Zeit zu Zeit weniger zu zahlen? Aber

### die Ware Arbeitskraft

muß es sich heute gefallen lassen, daß ihr Schicksal einem Willkürrecht unterworfen wird, daß die „Deutsche Treue“, die doch unsere sogenannten nationalen Kreise so gern im Munde führen, dort endet, wo es sich „nur“ um das Arbeitsentgelt handelt. Die Juristen mögen prüfen, ob die neue Ordnung mit den Grundrechten der Reichsverfassung (Artikel 159, 160) vereinbar ist. Der Sozial- und Wirtschaftspolitiker muß eine Regelung ablehnen, die an die Stelle der Ordnung das Chaos setzt und die Vertragsuntreue zur Grundlage des Arbeitslebens zu machen geneigt ist.

# 15 Millionen Mark Deschimag-Verlust.

## Wie steht es mit der geforderten Reichssubvention?

Die Deutsche Schiff- und Maschinenbau A. G., Bremen, weist für das Geschäftsjahr 1931 einen Verlust von 15 Mill. Mark aus, das ist eine Million Mark mehr als das ganze Aktienkapital. So steht die Kunst eines „konstruktiven Wirtschaftsführers“, in diesem Falle des Bremer Bankiers Schröder, auf dem Spiel. Denn wenn die Lage der deutschen Wertindustrie wegen ihres viel zu großen Apparats auch miserabel ist, so schlimm steht es bei anderen Werten (etwa Bremer Vulkan, Deutsche Werft, Blohm u. Voß) denn doch nicht.

Dieser Verlust (nach Auflösung von Rücklagen bleiben 14,2 Millionen Mark zu tilgen) ist eine Folge der Abschreibungen von 14,2 Mill. Mark, die jetzt nötig wurden; die Abschreibungen auf Anlagen allein wurden von 1,8 auf 5,5 Mill. Mark erhöht, aber auch auf Wertpapiere und Beteiligungen mußten Millionenbeträge abgeschrieben werden. Ein Zeichen für den Besatzungs-rückgang ist die Ermäßigung des Aktienpostens „in Arbeit befindliche Gegenstände“ von 19,7 auf 1,4 Mill. Mark. Die schlechte Beschäftigung ist aber zum Teil eine Folge der finanziellen Schwäche des Unternehmens, derzufolge man „aussichtsreiche“ Auftragsarbeiten nicht hereinnehmen konnte. Ein schlechtes Zeichen, wenn erst die Revisionsgesellschaft auf eine Umgestaltung der Bilanz nach dem Prinzip der „Arbeit und Wahrheit“ dringen mußte! Zum Teil aus diesem Grunde erklärt sich das Ansteigen der Bankschulden von 3,9 auf 13,3 Mill. Mark.

Sehr auffallend ist, daß die Tagesordnung für die Generalversammlung, die schon am 29. September stattfindet, bisher nur teilweise bekannt ist. Das Kapital soll von 14,0 auf 6,7 Mill. Mark im Verhältnis 20:1 herabgesetzt und dann auf 7,5 Mill. Mark wieder erhöht werden. Vor wenigen Wochen hatte Generaldirektor Stapelfeldt einen solchen Sanierungsvorschlag nur dann als möglich bezeichnet, wenn das Reich auf eine Forderung von 10 Mill. Mark, die es aus der Kasse der Schröder-Bank übernommen hatte, verzichtete. Man hat seitdem nichts über diese Angelegenheit gehört. Aber der Beschluß des Aufsichtsrates über die Kapitalherabsetzung und die verdächtige Heimlichkeit um die weiteren Sanierungsvorschläge legen den Argwohn nahe, daß die zuständigen Reichsstellen die völlig unbegründete Forderung Stapelfeldts erfüllt hätten.

Die Desfasslichkeit muß auf einer offiziellen Erklärung hierzu bestehen und erfolgen, falls der Verzicht tatsächlich ausgeprochen sein sollte, welche Gegenleistungen und welchen Einfluß auf das Unternehmen das Reich dafür erhält.

**Weiter sinkender Kohlenabsatz.** Im August betrug der Gesamtabsatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikates 5,62 Millionen Tonnen oder arbeitstäglich 208 000 Tonnen. Der arbeitstäglich Abgang ist gegenüber dem Vormonat um 4,4 Proz., gegenüber dem August vorigen Jahres um 20,1 Proz. gesunken. Läuft man den Zeichenstoffverbrauch außer Ansatz, so ist der Abgang an Steinkohle gegenüber dem Vormonat um 2,5 Proz., gegenüber August vorigen Jahres um 19,5 Proz. gesunken. Die Abgangsziffern für Koks waren noch ungünstiger; der Rückgang machte 6,9 bzw. 22,8 Proz. aus.

**Der Motorradabsatz 1932.** In den ersten sieben Monaten dieses Jahres wurden nur noch 39 570 Motorräder zugelassen gegenüber 69 046 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Davon entfallen auf steuerpflichtige Motorräder 10 949 (i. V. 22 956) und auf steuerfreie Käder 28 621 (i. V. 46 090); von diesen waren 5887 Fahrräder mit eingebautem Hilfsmotor.

**Wetter für Berlin:** Teils wolfig, nachts sehr kühl, Tagestemperaturen wenig geändert, mäßige westliche bis nordwestliche Winde. — Für Deutschland: Im Westen und Nordwesten vorwiegend heiter, in höheren Lagen Nachtfrostgefahr, im Süden und Südosten Wetterbesserung, in Mittel- und Norddeutschland stellenweise heiter, im Nordosten noch Regeneigung.

# Rundfunk am Abend

Mittwoch, den 21. Sept. 1932

**Berlin:** 16.05 Programm der Aktuellen Abteilung, 16.30 Klaviermusik, 17.00 Ich brülle mit den Hirschen (A. A. Kuhnert), 17.20 E. v. Naso: Eigene Prosa, 17.45 Walter Scott (Dr. K. Zarek), 17.55 Die Milchversorgung der Großstadt (Prof. Dr. K. Brandt), 18.20 Unterhaltungsmusik, 18.55 Die Funkstunde teilt mit, 19.00 Stimme zum Tag, 19.10 Unterhaltungsmusik, 19.30 Aus der Städtischen Oper: Friedemann Bach, 21.00 und 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten, 22.25 Orchesterkonzert.

**Königswusterhausen:** 16.00 Pädagogischer Funk, 16.30 Aus Hamburg: Nachmittagskonzert, 17.30 Der Mensch und die Kräfte der Heimat (Dr. Th. Schaeffer), 18.00 Musik im Rundfunk (Margot Epstein), 18.30 Standesamt und Eugenik (E. Krutina, Dir. d. Reichsbundes d. Standesbeamten), 19.00 English für Fortgeschrittene, 19.30 Haben wir in Deutschland zu viel Beamte? (Th. Kötzer), 20.00 Aus München: Abendkonzert, 21.00 Tages- und Sportnachrichten, 21.10 Aus Breslau: Süddeutscher Heimatabend, 22.10 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten, Sonst: Berliner Programm.

Vollständiges Europa-Programm im „Volkfunk“, monatl. 96 Pf. durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Viktor Schiff, Berlin; Anzeigen: Otto Hengst, Berlin. Verlag: Bornhofs Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhofs Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Emdenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

## Arbeitereinstellungs-Schwindel.

### Die Notverordnung als Reklame.

In der „Textil-Zeitung“ vom 17. September wird unter der Rubrik „Wer stellt neue Arbeitskräfte ein?“ bekanntgegeben, daß die Firma Rosenblüh u. Velschowitz, Herrenkleiderfabrik, Berlin C. 2, Rosenstr. 18, 150 Arbeiter eingestellt habe. Dieses erfahren dem Deutschen Stellenfindungsarbeiter-Bund als eine Unmöglichkeit. Er ging der Sache auf den Grund und stellte fest, daß von einer Einstellung neuer Arbeitskräfte so gut wie gar nicht die Rede sein kann. Die „Textil-Zeitung“ ist also falsch informiert worden.

Die unrichtlich bekannte Firma, die in untertariflicher Beziehung den Rekord schlägt, und die deshalb ständiger Kunde im Fachausdruck ist, beachtet sich mit dieser Verorientierung, Reklame bei den Abnehmern der Konfektion zu machen, indem sie eine nicht vorhandene erhöhte Leistungsfähigkeit vortäuscht. Die unwahre irreführende Meldung an die „Textil-Zeitung“ ist nämlich von der Firma Rosenblüh u. Velschowitz selber veranlaßt. Diese Handlungsweise paßt allerdings gut in den Rahmen dieser Firma.

## Erhöhung der Unterstützungssätze?

### Erhebungen sind im Gange.

Bis in die Kreise der „Leinen Leute“ hinein scheint die Kunde gedrungen zu sein, daß in diesem Winter das Arbeitslosen-elen ein Höhenpunkt erreicht und die Verzeiwung schließlich nicht nur in einer Steigerung der Selbstmordziffern zum Ausdruck kommt.

Dieselbe Regierung, die die Leistung der Arbeitslosenversicherung auf sechs Wochen beschränkt, die Sätze der Arbeitslosenunterstützung „ermäßigt“ und damit die Existenz der Erwerbslosen stärker verknümmert hat, den „notleidenden“ Beschäftigten dagegen in jeder Weise zur Bildung von Reulapital zu helfen sucht, will jetzt eventuell auch die Unterstützungssätze während des Winters wieder etwas erhöhen.

In der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung werden bereits — wieder einmal — umfangreiche Erhebungen vorgenommen, um die finanziellen Auswirkungen einer Erhöhung der Unterstützungssätze zu erfassen. Fachleute, deren Erfahrungen allerdings nicht maßgebend sind, wundern sich über diese Anstrengungen, da sie der Meinung sind, daß in der Reichsanstalt schon genügende Unterlagen dazu vorhanden sind.

Man kennt die Zahl der wöchentlich gezahlten Zuschläge, wie auch die Zahl der gegenwärtig geltenden Unterstützungssätze. Es wäre nur nötig, die letzte Notverordnung außer Kraft zu setzen. Dazu bedarf es wirklich keiner neuen Erhebungen. Aber es soll etwas geschieht, das nach etwas aussieht und dabei auch möglichst wenig Kosten verursacht.

Der Winter steht vor der Tür — samt den neuen Reichstagswahlen, so daß also bis spätestens zum 1. November etwas geschehen mußte. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze soll jedoch von einem gewissen Erfolg des Wirtschaftspolans abhängen, der sich auch im günstigsten Falle bis dahin kaum bemerkbar machen kann.

Darauf können die Arbeitslosen kaum warten. Man sollte sie

auch nicht bis zum November warten lassen, da Heizmaterial schon vorher beschafft werden muß, ganz abgesehen von der notwendigen Winterkleidung. Eine Unterstützungserhöhung oder die Ankündigung einer solchen kurz vor den Wahlen verfehlt ihren Zweck, zumal sie leicht als ungenügend betrachtet werden könnte. Eine wirkliche Tat in dieser Richtung kann an Bedeutung auch längere Zeit vor der Wahl nicht verlieren.

Den Arbeitslosen muß sobald als möglich geholfen werden. Das fordern wir, selbst auf die weitabliegende Gefahr hin, daß die Regierung damit einen Wahltrumpf in der Hand hätte. Die ganze Wirtschaftsnote kann die Papen-Regierung nicht beheben. Sucht sie das an den Arbeitslosen begangene Unrecht zu mildern, dann je eher, um so besser.

## Bergebliche Denunziation der RSD.

Wir berichteten kürzlich darüber, daß die Metzerei Ball beim Arbeitsgericht die Amtsenthebung des Mitgliedes des Betriebsrats Döring beantragt und ihm das Betreten des Betriebes verboten hatte, weil durch ein Flugblatt der RSD, der Direction hinterbracht worden war, daß Döring in einer Betriebsversammlung Stimmung für einen Streik eventuell gegen den Willen der Gewerkschaft gemacht hatte. Diese Denunziation war um so niederträchtiger, als es sich bei Döring um ein Betriebsratsmitglied handelt, das den Denunzianten politisch sehr nahe steht. Der Organisation des Gemahrgelerten, dem Gesamtverband, blieb es überlassen, vor dem Arbeitsgericht gegen die Mahregelung erfolgreich anzukämpfen und zu erreichen, daß der Antrag auf Amtsenthebung des Betriebsratsmitgliedes zurückgewiesen wurde.

Theater, Lichtspiele usw.

**Staats Theater**

Mittwoch, den 21. September

Staatsoper Unter den Linden

20 Uhr  
**Salome**

Staatliches Schauspielhaus

20 Uhr  
**Wallensteins Tod**

Winter Garden

8 Uhr 15. Flora 3434. Naumen str.  
Das berühmte  
**DAYELMA - BALLET**  
3 Swifts, Rudi Grasl  
und weitere Künstler-Truppen  
von internationalem Ruf.

8½ Uhr **CASINO-THEATER** 8½ Uhr  
Lothringer Straße 37.

Sonntag nachm. 4 Uhr  
Nur noch wenige Aufführungen  
**Annemarie**

Volksooperette — Musik von Gilbert  
Danz bantes September-Programm  
Gutschein für die Leser 1—4 Personen  
Faut. 0,75 M., Sessel 1,35 M., Park. 0,50 M.

Rose-Theater  
Ecole Frankfurter Straße 132  
In. Vorank. 1 1/2

8.30 Uhr  
**Aerzte im Kampf**

**VOLKSBUHNE**

Theater am Bülowplatz  
0 1. Norden 2944. Altbahnhof SW 19, 9 Uhr

**Der Revisor**  
von Gogol. Regie: Heinz Hilpert  
Curt Holt / Karbow / Haak / Verhoeven

**Städt. Oper**  
Charlottenburg  
Fraunhofer 0231  
Mittwoch, 21. Sept.  
Turnus I

**Friedemann Bach**  
Beginn 19.30 Uhr  
Malkin, Schirach,  
Friedrich Ludwig,  
Werhard a. G.,  
Baumann, Gombert,  
Gonzar.  
Dirigent: Ladwig.

**Deutsches Theater**  
Weidend. 5201.  
8 Uhr

**Rose Bernd**  
von Gerhart Hauptmann  
mit Paula Wessely

**Stettiner Sänger**

Reichshallen-Theater  
(Dönhofsplatz)  
Berkastr. 6, 1247. Dir. Meisel  
Tägl. 8.15 Uhr, Sonntags  
2.30 Uhr (ermäßigte Pr.)

Eröffnungsprogramm  
mit der Burleske  
**Freibad Krumme Lanke**

Neue Kräfte. Preise 0,50 bis 2,25 M.  
Vorverkauf 11—2, 5—9 Uhr.

HAUS VATERLAND  
KURFÜRSTENPLATZ  
**Verwaltungs-Restaurant**  
Berlins  
RETBIER KEMPINSKI

**PLAZA**  
Käse-Schinken, etc.  
5. u. 8. U. 2,50 R.  
17. Wenden 1031  
Frau im Hermelin

**BERLINER THEAT.**  
17. Wenden 1031  
**MOISSI**  
Der lebende  
Leichnam  
8.30—11 M.

**Schiller**  
Vorkabinett, 20/21  
Singspi. (O. S.) 6720  
Täglich 8½ Uhr

Der 18. Oktober  
**Theater**

**Inserate im Vorwärts**  
sichern Erfolg!

# Max Weber und die Gegenwart

Von J. P. Mayer

„Vielen von uns ist Max Weber als Philosoph erschienen. . . . Wenn er aber ein Philosoph war, so war er es vielleicht als einziger in unserer Zeit und in einem anderen Sinne, als irgend jemand sonst heute Philosoph sein mag. . . . Seine Gegenwart gab uns das Bewußtsein, daß auch heute der Geist in Gestalten höchsten Maßes existieren kann.“

(Aus A. Jaspers, Gedenkrede über Max Weber.)

Man hat Max Webers Lebenswerk gelegentlich mit dem Werk von Karl Marx verglichen — fälschlich nicht ohne tiefe Berechtigung. Wie Marx ging auch Weber von juristischen und philosophischen Studien aus, die dann in ökonomischen Forschungen mündeten. Aber auch die ökonomische Fragestellung war keine beliebige Problematik eines wissenschaftlichen Fachgebietes, vielmehr stand sie bei Weber von vornherein unter einem universalen Gesichtspunkt, der sich in der Frage formulieren läßt: Warum haben wir im Abendland Kapitalismus? Max Weber sah sich diese Frage in keiner anderen Ansicht gestellt als Marx im „Kapital“ Struktur und Richtung der kapitalistischen Entwicklung untersucht hatte. Daß sich Max Weber dieses inneren Zusammenhanges mit Marx durchaus bewußt war, geht rein äußerlich schon daraus hervor, daß er den Vorlesungen, die er 1917 als Professor für Soziologie in Wien hielt, den Titel gab: Positive Kritik der materialistischen Geschichtsauffassung. Der Nachdruck liegt hierbei durchaus auf dem Beiwort „positiv“. Schon die 1906 entstandene bahnbrechende Abhandlung über „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ ist an dem Prinzip des historischen Materialismus orientiert; vielleicht hat seitdem kein „Marxist“ eine so überlegene (allerdings rein historisch ausgerichtete) Arbeit verfaßt als der bürgerliche Soziologe Max Weber. Denn ein Bürger ist Max Weber immer gewesen, aufrecht und repräsentativ für eine Klasse, die heute politisch und ökonomisch völlig aufgerieben ist. Man könnte versucht sein, Max Weber den letzten großen, repräsentativen Bürger zu nennen, vor allem deshalb, weil er das bürgerliche Bewußtsein in einer Epoche verkörperte, die, wie wir heute zwölf Jahre nach seinem Tode mit völliger Klarheit sehen, das Ende des Bürgertums bereits einleitete.

Max Weber, 1864 als Sohn des wohlhabenden national-liberalen Reichstagsabgeordneten und besoldeten Berliner Stadtrats Weber geboren, erlebte in seiner Jugend in unmittelbarer Nähe und mit frühreifer Aufgeschlossenheit die ganze Gefährlichkeit der Bismarckschen Reichsführung, deren Ergebnis für den politischen Reifegrad des Deutschen er später in folgenden Sätzen zusammenfaßte: „Bismarcks politisches Erbe? Er hinterließ eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung, tief unter dem Niveau, welches sie in dieser Hinsicht 20 Jahre vorher bereits erreicht hatte. Und vor allem eine Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde. Und ferner, als Folge der mißbräuchlichen Benutzung des monarchischen Gefühls als Deckbild eigener Machtinteressen im politischen Parteienkampf, eine Nation, deren Gewöhnt, unter der Firma der „monarchistischen Regierung“ fatalistisch über sich ergehen zu lassen, was man über sie beschloß, ohne Kritik an der politischen Qualifikation derjenigen, welche sich nunmehr auf Bismarcks leergeräumten Sesseln niederließen und mit erstaunder Unbefangenheit die Zügel der Regierung in die Hand nahmen.“ Bis in die heutige politische Situation Deutschlands wirken sich die Verhältnisse aus, die Weber in diesen Sätzen beschrieben hat!

Beim Ausbruch des Weltkrieges richtet der Reserveoffizier Max Weber Lazarett ein: „Es lastet schwer auf mir“, so schreibt er damals, „daß ich nicht fähig bin, an der Front militärisch verwendet zu werden.“ Auch Max Weber hätte das Schicksal Ludwig Franks bereitwillig auf sich genommen. Dennach gehörte Weber zu den wenigen Bürgerlichen, die schon während des Krieges die Amerizationspolitik scharf ablehnten: „Es widerspricht den deutschen Interessen, einen Frieden zu erzwingen, dessen hauptsächlichstes Ergebnis wäre, daß Deutschlands Stiefelabdruck in Europa auf jedermanns Leben stünde.“ Mit großer Leidenschaft wandte Weber sich gegen den verschärften U-Bootkrieg, der den Anschluß Amerikas an die Entente nach sich ziehen mußte. Schon am 5. März 1916 bemerkt Weber in einem Brief: „Inzwischen ist die Gefahr mit Amerika auf dem Höhepunkt, und mir ist, als ob eine Horde Irrsinniger uns regierte.“ In einem anderen Brief heißt es: „Unglaublich der Optimismus der Militärs und Politiker bezüglich eines Krieges mit Amerika.“ Freilich gehörte Max Weber auch schon vor dem Kriege nicht zu dem Typus der deutschen Professoren, die ihre beamtete Zuverlässigkeit in Kaiser-Geburtsstagsreden dokumentierten. Während der berühmten Daily-Telegraph-Affäre schrieb Weber an Naumann am 12. November 1908: „Alles kommt ja jetzt darauf an, in größter Fraktur vor dem Lande festzusetzen, daß die konservative Partei die Verantwortung für die Fortdauer des „personlichen Regiments“ trägt. . . . Entscheidend ist: Ein Dilettant hat die Fäden der Politik in der Hand. Jeder legitime Herrscher, der nicht Friedrich II. ist, ist ein Dilettant, und das will die konservative Partei. Das gilt für den Oberbefehl des Krieges wie für die Leitung der Politik im Frieden. Konsequenz: solange das dauert, Unmöglichkeit einer „Weltpolitik“.“

Zielbewußt arbeitete Max Weber in den Jahren 1917 bis 1918 an der Neuordnung Deutschlands. Seine Arbeiten über „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland“ (Sommer 1917) und über „Deutschlands künftige Staatsform“ (November 1918) gehören zu den bedeutendsten politischen Schriften, welche die deutsche Literatur überhaupt aufzuweisen hat. Von diesen beiden Arbeiten wie auch von weniger umfangreichen Schriften, die zuerst als politische Tagesaufsätze in der „Frankfurter Zeitung“ erschienen, gingen bedeutende Anregungen in das Weimarer Verfassungswerk über. Die direkte Volkswahl des Reichspräsidenten geht auf Webers Initiative zurück — sie hat Deutschland im Jahre 1932 vor dem 100prozentigen Faschismus bewahrt. Entscheidende Probleme werden in diesen Aufsätzen marxistisch gesehen. Man durchdenke nur folgende Zeilen: „Diese entscheidende ökonomische Grundfrage: die „Trennung“ des Arbeiters von den sachlichen Produktionsmitteln, den Produktionsmitteln in der Wirtschaft, den Kriegsmitteln im Heer, den sachlichen Verwaltungsmitteln in der öffentlichen Verwaltung, den Geldmitteln bei ihnen allen, den Forschungsmitteln in Universitätsinstituten und Laboratorien, ist dem modernen Macht- und Kulturpolitischen und militärischen Staatsbetrieb und der kapitalistischen Privatwirtschaft als entscheidende Grundfrage gemeinlich. Beide Male liegt die Fertigung über diese Mittel in den Händen derjenigen Gewalt, welcher jener Apparat der

Bürokratie (Richter, Beamte, Offiziere, Werkmeister, Kommiss, Unteroffiziere) direkt gehorcht oder auf Anrufen zur Verfügung steht, der allen jenen Gebilden gleichmäßig charakteristisch und dessen Existenz und Funktion als Ursache wie als Wirkung und jener „Konzentration der sachlichen Betriebsmittel“ untrennbar verknüpft, vielmehr: deren Form ist. Zunehmende „Sozialisierung“ bedeutet heute unvermeidlich zugleich zunehmende Bürokratisierung.“ Der letzte Satz enthält zugleich im Kern Webers Abgrenzung gegen den Sozialismus, obwohl er 1918 bekannte, der Sozialdemokratie bis zur Ununterscheidbarkeit nahezustehen. Weber hielt die Verbindung von Verbeamtung und Eigenverantwortlichkeit für prinzipiell unmöglich. Daß er die Gefahren der Bürokratisierung im modernen Klassenstaat richtig eingeschätzt hat, bestätigen ja die jüngsten Erfahrungen. In dieser Hinsicht können wir heute mehr denn je von Weber lernen. Aber die verantwortliche Führung ist mit fortschreitender Sozialisierung durchaus vereinbar, nur muß

sich die Führung die konzentrierten Produktionsmittel wirklich aneignen. Hier hat die Weimarer Demokratie schwere Fehler begangen. Weber selbst ist von der Bürokratisierung der deutschen politischen Verhältnisse betroffen worden. Eine Frankfurter Mitgliederversammlung der Demokratischen Partei setzte Max Weber als Kandidaten zur Nationalversammlung an erster Stelle. Weber war ein leidenschaftlicher Redner, der seine Stofffülle frei von jeder Demagogie konstruktiv beherrschte. Ein hinter den Kulissen tagendes Parteigremium schob Weber an eine aussichtslose Stelle. . . .

Max Weber nahm seine akademischen Vorlesungen als Professor für Soziologie an der Universität München wieder auf. Im Jahre 1920 starb er. Wir wissen nicht, ob sich der große politische Publizist auch als praktischer Politiker bewährt hätte.

Wie Marx ist sich Max Weber über die schicksalhaften Formkräfte des modernen Kapitalismus klar gewesen. Ihrer Ergründung hat er die Arbeit eines überreichen Lebens gewidmet. Aber Weber konnte sich nicht in die moderne sozialistische Massenbewegung einfügen; er wollte und konnte „die Unabhängigkeit“ seiner Persönlichkeit nicht aufgeben, er blieb der Sohn eines Bürgertums, dessen geistige Wurzeln er tiefer als irgend jemand vor ihm aufgedeckt hat.

## Tragödie vom Reißverschluß Yorick: Balladen der Zeit

Frischer Sportbursh im Trainingsanzug,  
Kleiner Badfisch mit der großen Handtasche,  
Eleganter Snob mit dem modernen Portemonnaie:  
Wenn ihr den blinkenden Reißverschluß bemutet am Trainingsanzug, an der Handtasche, am Portemonnaie —  
Habt ihr einmal daran gedacht, daß es ja einen Mann geben muß, der dies praktische Spielzeug erst mal erfinden mußte?  
Ich weiß etwas von diesem Mann, ich will es euch sagen, es ist nicht sein Name und nicht sein Stand, es ist nur diese Tatsache: Der Mann sitzt . . .  
Wenn ihr den Reißverschluß öffnet, das dauert zwei Sekunden. Aber bis sich seinem Erfinder die Tore von Plögensee wieder öffnen, das dauert zwei Jahre.  
Er sitzt nicht von wegen dem Reißverschluß, nun nein. Und er sitzt doch wieder von wegen dem Reißverschluß, nun ja.  
Er erfindet den Reißverschluß, um Geld damit zu machen. Aber weil er arm war, konnte er nur wenig Geld damit machen. Das ist so eingerichtet. Er verkaufte seine Erfindung für wenig Silber nach Amerika. Und andere machen seither viel Gold damit.  
Das ärgerte den Mann, als das Silber alle war, und er wollte auch Gold machen. Und er baute ein Modell für eine Goldmachemaschine, und er fand ein paar Leute, die streckten ihm ein paar Tausender vor auf das Modell hin —  
Ja, und nun sitzt er also. Für zwei Jahre. Denn es hilft ihm nichts, daß er an seine Maschine noch glaubt. Seine Finanziers glauben nicht mehr daran, und das Gericht glaubte ihm von vornherein nicht. Die gütige Justiz hat ihm erlaubt, sein Modell mit nach Plögensee zu nehmen. Aber das ist Gnade vor Recht. Zu Recht sitzt er, nicht wahr?  
Aber wenn er nun, nur mal gesetzt den Fall, wenn er nun

schon Geld gehabt hätte, als er den Reißverschluß erfindet? Dann hätte er selbst seine Erfindung engras produzieren und selbst Gold machen können, indirekt mit dem töfscheren Reißverschluß, und nicht direkt mit der unsicheren Maschine —  
Aber das ist eine mühsige Ueberlegung. Denn er hatte nun mal kein Geld. Geßah ihm Recht. Das ist so eingerichtet.  
Aber dennoch: wenn du den Trainingsanzug anziehst, frischer Sportbursh,  
wenn du die Handtasche schlentertst, Kleiner Badfisch,  
wenn du das hochmoderne Portemonnaie öffnest, eleganter Snob:  
weilt die zwei Sekunden, die seine Bedienung erfordert, dem Erfinder, den das zwei Jahre gekostet hat,  
denkt daran, wenn ihr in die Sonne blinzelt oder mit Männern kokettiert oder blinkendes Silbergeld zählt, daß euer Wohltäter indessen die Bitterquadrate seines Zellenfensters zählt —  
denkt daran, daß alle Welt zufrieden ist mit dem Reißverschluß, zu Recht,  
und daß aber der Reißverschlußmann nicht zufrieden ist mit der Welt, auch zu Recht, —  
und daß dieser kleine Umstand eigentlich ein ganz klein bißchen merkwürdig ist, und daß vielleicht diese ganze große Welt ein bißchen merkwürdig ist.  
Denkt daran, denkt ein bißchen an den Mann mit der Goldmaschine, der in Plögensee sitzt.  
Es muß keine Träne sein —  
Nur so ein ganz kleiner, flüchtiger Gedanke, genau so lang wie das Dessinen des Reißverschlusses —  
Zwei Sekunden nur. Ich glaube, es lohnt sich.

## Walter Scott

Zu seinem hundertsten Todestage am 21. September

Ueber der weltfälligen Ebene lag eine stille, düstere Hochsommernaacht. Auch in dem kleinen Küsthaus, dem bescheidenen Wohnsitz der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff, war längst jeder Laut verstummt. Nur Annette selbst saß noch wachend über einem Buche, das sie völlig gefangen hielt. Ihre kurzschäftigen Augen schmerzten; das Lichtstumpfen, das vor ihr stand, war bedenklich heruntergebrannt und flackernd; aber was bedeutete das im Vergleich zu dem Hochgenuß, den das stille, ungestörte Lesen bot! Niemand störte sie jetzt, weder die strenge, hauswirthliche Mutter, die sie mitten aus schönsten Gedanken und Dichtungen in die Küche hinabbesah, noch das laute Treiben der ländlichen Wirtschaft.

Mit bebenden Fingern wandte das Fräulein Blatt um Blatt. Ihre Augen verschlangen die Buchstaben, und ihr Herz klopfte laut und stürmisch. Es war ein herrliches Werk, dieser Roman „Ivanhoe“ des schottischen Dichters Walter Scott. Sie konnte es nicht aus der Hand legen, bevor sie es zu Ende gelesen hatte. Alles um sie her war verunkelt. Sie lebte selbst in diesen mittelalterlichen Gestalten; sie ritt mit Richard Löwenherz aus dem heiligen Lande zurück und kämpfte auf den Turnieren; sie durchschmeifte das sagenumwobene, in Blut getränkte Grenzgebiet Schottlands und rastete in eisenmühsenen, jünngetränkten Schlössern. Die Gegensätze zwischen Sachsen und Normannen, die Kämpfe um Macht und Besitz, die Abenteuer Ivanshoes, des verbannten Cedrickhohnes, der als Pilger durch das Land zieht und die Jüdin Rebecca, die ihn liebt, befreit — das alles stand als unmittelbare Wirklichkeit aus diesen Blättern auf. Annette trank jedes Wort begierig in sich hinein, und selbst die lang ausgezogenen Schilderungen der schottischen Landschaft, der Kleidung seiner Bewohner, der Einzelheiten ihres Lebens zwangen sie in den Bann einer dichterischen Kraft, die sie beglückt und hingeeben wie ein Echo alles dessen empfand, was in ihr selbst nach Ausdruck drängte. Mit jedem Buche Walter Scotts erging es ihr so. Als Levin Schüding ihr Herzensfreund, ihr an einem Herbsttage das „Lied des letzten Minstrel“ und das „Fräulein vom See“ aus Münster mitgebracht hatte, da war sie nicht eher zur Ruhe gegangen, als bis beide Bücher ausgelesen waren. Und nach der Lektüre von „Kenilworth“ hatte die gestrenge Frau Mutter ihre Fragen in immer schärferem Tone wiederholen müssen, weil Annette in Gedanken noch völlig am Hofe des Grafen Leicester und seiner getreuen Gattin Amy, die auf verurtheilte Weise aus dem Bege geräumt wurde, weilte und an das großartige, prunkvolle Hofestädte dachte, das Scott so spannend mit allen Einzelheiten dargestellt hatte.

Draußen dämmerte schon leise der Morgen, als Annette endlich das Buch aus der Hand legte. Es rauschte und brauste in ihr. Alles, was die strenge Erziehung, die Einsamkeit, das gewalttame Unterdrücken aller starken Triebe in ihr zum Schweigen gebracht hatte, wachte wieder auf, wenn dieser geniale Schotte zu ihr sprach.

Das Fräulein hatte den Kopf auf das geschlossene Buch gelegt. Bild um Bild zog an ihr vorüber. Sie sah einen kleinen, zarten Jungen vor sich, bei dem eine Kinderkrankheit die Zahmheit seines Lächelns hinterlassen hatte, und den man zur Kräftigung zu seinen Großeltern nach Soudy-Knowe sandte. Es war eine herrliche Landschaft, in der das Kind aufwuchs. Jeder Berg, jeder Baum, jeder Bach erzählte von großen Geschehnissen, und was die Landschaft verschwiege, das ergänzten die Erzählungen der Großmutter, die dem wissbegierigen Enkel Hunderte von Sagen und Märchen mitteilte. Und wenn es in den Pausen der Schulstunden des Gymnasiums zu Edinburgh besonders feil und langweilig zuzuging, dann brauchten die Kameraden ihren Mitschüler nicht lange zu bitten, daß er ihnen Geschichten erzählen solle. Walter Scott war gern jederzeit dazu bereit, denn das Herz des künftigen Dichters und Romanhistorikers war überpöhl, und das Erzählen war ihm Lebensbedürfnis. So blieb es, bis der Sheriff von Selkirkshire, zu dem sich Scott emporgearbeitet hatte, an Stelle der mündlichen Erzählungen den schriftlichen Weg wählte und sich damit bewußt als Romanhistoriker und Dichter bekannte. Er brauchte ja nur die Hand auszustrecken, um Romantstoffe in reicher Fülle einzubehalten. Die Lieder und Balladen seines Heimatlandes, die er sorgsam gesammelt hatte, die Sagen und Ueberlieferungen, die hier seit Jahrhunderten lebten, boten ihm reiche Anregungen. Aber noch viel mehr strömte auf ihn ein. Ledie nicht, viele Hunderte von Kilometern von ihm getrennt, aber ihm innerlich verbunden, in einer deutschen Kleinstadt ein stürmisch Vorwärtsdrängender, ein genialer Brausekopf, der Dichter des „Göth von Verlichingen“? Begierig griff Walter Scott nach diesem Drama, dem Ausdruck alle Grenzen überflutender romantischer Bestenachtung und genialer Dichterkraft. Was lag ihm näher, als den „Göth“ ins Englische zu übertragen, wie er die bürgerlichen Balladen „Leonore“ und „Der wilde Jäger“ bereits überfetzt hatte?

Ein lauter Schwalbenruf ließ Annette von Droste erwachen. Draußen schimmerte helles Frühlrot. Im Hofe öffnete der Knecht die Ställe. Annette erhob sich und trat ans Fenster. Dann aber wandte sie sich erschlossen um. Ihr Blick umfaßte ihr kleines Reich, ihr „Schneckenhäuschen“, wie sie es nannte, ihre Bücher und Handschriften, ihre Steine und Mineralien, ihre Briefe und Manuskripte. Langsam schlug sie das Buch auf, das sie in dieser Nacht sich selbst hätte völlig vergessen lassen. Ein Bildnis des Dichters schmückte die erste Seite. Walter Scotts edel gezeichnetes, durchgeistriges Gesicht sah sie an, ein seltsam vertrautes, längst bekanntes Antlitz, obwohl sie es jetzt zum ersten Male genau betrachtete. Nein, sie war nicht allein, die einsame, unbekante, in ihrem weißwässiigen Winkel vergrabene deutsche Dichterin. Sie alle, die vor ihr gekämpft und gelitten hatten, ihre Bestesverwandten, die Dichter und Künstler aller Völker der Erde, hatten sie aufgenommen als eine der Ihrigen. Elke.

# Die Europameisterschaft im Arbeiterfußball

In der Arbeiterfußballbewegung ist großes Rüstern. Soll doch am Sonntag in Dresden zum erstenmal die Europafußballmeisterschaft durchgeführt werden.

Europafußballmeisterschaft? Wem kommen dabei nicht Erinnerungen an die Meisterschaften der bürgerlichen Fußballverbände? Jene Spiele, bei denen es Scher- und Leichtverletzte in großer Zahl gab, jene Spiele, bei denen die Polizei eingreifen mußte? So etwas wird allerdings bei den Arbeiterfußballern nicht passieren. Hier gilt als oberster Grundsatz: der Gegner wird als Kamerad angesehen, der seine gesunden Glieder für andere Dinge gebraucht. Den Beweis dafür haben die bisher ausgetragenen Spiele auf den Olympiaden in Wien 1931 und 1935 in Frankfurt geliefert, wo selbst die bürgerliche Presse das überaus faire Spiel aller Mannschaften anerkennen mußte. Ein weiterer Beweis ist jener bürgerliche Berichterstatter aus Breslau, der das Spiel der deutschen Ländermannschaft gegen die Norweger besuchte und dabei feststellen mußte, daß es wahren Fußballsport und wahre Kameradschaftlichkeit nur bei den Arbeiterfußballern gibt.

Am Sonntag stehen sich nun zum ersten Ausscheidungskampf die Ländermannschaften von Deutschland und Österreich gegenüber. Bisher gab es zwischen den beiden Ländern 14 Begegnungen, von denen Österreich 8 und Deutschland 3 gewinnen konnten, während drei Spiele unentschieden blieben. Das Torverhältnis beträgt 51:36 Tore für die Österreicher. Von den beiden letzten Spielen, die in Kassel und Hannover stattfanden, gewann jede Mannschaft einen Kampf. Schon daraus geht klar hervor, daß auch der kommende Kampf zu den feindseligen zählen wird, den beide Länder austragen. Haben doch beide Bundesleitungen das stärkste Material aufgestellt, das überhaupt zur Verfügung steht. Da ist das besondere Interesse der deutschen Arbeiterfußballer an diesem Spiel begreiflich. Aus allen Landesteilen haben sich Mannschaften gemeldet, die die Vorspiele am Sonnabend und Sonntag austragen wollen. Dresden wird deshalb nicht nur als Austragungsort für das erste Europaspiel anzusehen sein, es wird vielmehr ein Heerlager der Arbeiterfußballer werden. Aus Schlesien (Breslau, Brieg, Beuthen und Waldenburg), aus München, aus Nürnberg, aus Frankfurt und dem Rhein- und Ruhrgebiet, aus Hamburg, Bremen und Steintal eilen die Spieler mit der Bahn, im Auto, mit dem Motor- und Fahrrad herbei, um Zeugen dieses Kampfes zu werden. Daß Sachsen und Thüringen nicht fehlen werden, ist selbstverständlich. (Wo aber bleibt Berlin?)

So wird der Beginn der Europameisterschaft eine internationale Kundgebung, ein Befehls für den Arbeiter-sport, aber auch für die Ziele der kämpfenden Arbeiterklasse sein.

## 35 Jahre „Eintracht“ Das Jubiläum der Mahlsdorfer

Ein seltenes Jubiläum feierte der Arbeiter-Turnverein „Eintracht Mahlsdorf“. Vor 35 Jahren traten einige unentwegte Arbeiter zusammen, um den Turnverein „Eintracht“ zu gründen. Heute treten die Alten und die Jungen an, um das Jubiläum zu feiern. Dem Ruf des Vereins waren nicht nur die Brudervereine von der Ostbahn gefolgt, sondern auch viele Mannschaften aus den Berliner Vereinen. Neben den Sportvereinen konnte man auch die SAJ und das Reichsbanner im Festzug beobachten.

Auf dem reich geschmückten Sportplatz begrüßte der Vereinsvorsitzende die zahlreich erschienenen Zuschauer. Durch die jahrzehntelange Arbeit ist es dem Verein möglich gewesen, dem Arbeiter-sport auch in Mahlsdorf eine bleibende Stätte zu schaffen. Mit dem „Freiheit“-Ruf der Eisernen Front begrüßte der Bezirks-jugendleiter die Gäste.

Seider hatte das Fest unter der schlechten Witterung sehr zu leiden, nur die Fußballer, die ja bei jedem Wetter spielen, lichen es sich nicht nehmen, ihr Spiel gegen Herzfelde bis zum Schluß durchzuspielen. Der sehr aufgeweichte Boden ließ natürlich ein einwandfreies Spiel nicht zu. Die Herzfelder gewannen mit 5:2 Toren. Gleich nach Beendigung des Regens machten sich auch die Sportler auf ihre Wettkämpfe zu erledigen. Die Schüler, die Jugend, die Männer-, Frauen- und Altersmannschaften der einzelnen Vereine zeigten ihre Leistungen.

Daß es trotz des aufgeweichten Bodens doch noch zu scharfen Kämpfen in den einzelnen Konkurrenzen kam, ist ein erfreuliches Zeichen für den Kampfsinn der Sportler. Und gerade in den langen Strecken, dem 1500-Meter-Lauf der Männer, gab es den härtesten Kampf zwischen Kinscher und Küttler, beide aus „Dtring“. Bruch an Bruch gingen sie in der Zeit von 4:24, 6 Minuten durch das Ziel. Der Dreikampf der Frauen war eine Angelegenheit der Lichtenberger. Heberlein und Anger stritten sich hier um den ersten Platz, den Heberlein nach hartem Kampf mit 238 Punkten gegen Anger mit 227 Punkten besiegen konnte. Den Dreikampf der Männer, den 10 Wettkämpfer bestritten, gewann Wegener-Ostring mit 219 Punkten, dichtgefolgt von Quist-Ostring mit 209 Punkten.

## Kritik verboten!

### Die empfindliche deutsche Sportbehörde

Die Deutsche Sportbehörde, die die bürgerlichen Leichtathleten betreut und, wie wir zeigen werden, wie die Kleinfinger bevormundet, ist dieser Tage gegen eine Prominenz im bürgerlichen Sport, gegen den 400-Meter-Meister Wegner in einer Art vorgegangen, die verdient, festgehalten zu werden.

Wegner, der würdig befunden wurde, Deutschland auf der Olympiade in Los Angeles zu vertreten, hatte einen Auffah in einer Zeitung in Frankfurt a. M. erscheinen lassen, in dem die Führer der Olympiapeditio allerlei ins Stammbuch geschrieben bekamen. Er warf dem Haupttrainer Bahger vor, er habe sich nicht genug um die Mannschaften gekümmert, die Sportler seien ohne Rat geblieben, in den Umkleideräumen sei von dem Haupt-trainer nichts zu hören und zu sehen gewesen. Bahger habe sich nur mit Photographieren abgegeben. Wegner, der durch eine bei harmloser Balgerei entstandenen Verletzung an der Zehe vier Wochen lang ohne Training gewesen war, brach nach seinem Laufem mehrfach zusammen und mußte sich einmal in hilflosem Zustand, der Bewußtlosigkeit nahe, von dem Italiener Facelli und einem Amerikaner in die Kabine tragen lassen, während Bahger und die Waffereu dem Vaccrosspiel zusahen. Das Bild über Bahgers Tätigkeit in Los Angeles, das man sich machen kann, rundet sich ab, wenn man hört, daß seine besondere Liebe den allerdings ideal schönen Golfplätzen galt.

Der Ankläger warf dann dem Haupttrainer, der gleichzeitig Reichstrainer für die deutschen Leichtathleten ist, auch grobe Fehler hinsichtlich seiner Auffassung von den Kampf- und Stilarten im Bausen vor und meinte am Schluß, daß man es höheren Orts auf der Olympiade mit der Gewalt schaffen sollte und gerade deshalb gar nichts erreichte.

Nun sind die deutschen Sportführer gegen solche Vorwürfe sehr empfindlich. Mehr als einmal schon haben Aktive, die gegen

den offiziellen Stachel löten, ihren Ruin mit Disqualifi-kationen büßen müssen. So verfuhr man auch mit Wegner. Der sollte auf einem Ländertamp in Düsseldorf gegen Frankreich starten, aber die Deutsche Sportbehörde untersagte ihm wegen seiner Kritik den Start kurzerhand. Die An-schuldigungen wurden als unwahr bezeichnet und gegen Wegner ein Verfahren eingeleitet.

Das ist allerdings der einfachste Weg, Kritiker mundtot zu machen. Erst als es von überall her Proteste regnete, gab die Deutsche Sportbehörde dem Käufer wenigstens den Start frei.

Jetzt bringt der „Montag Morgen“ die Feststellung, daß die in der „Frankfurter Zeitung“ erhobenen Angriffe gegen Bahger aufrechterhalten werden. Wegner habe zwar den Artikel nicht selbst verfaßt, er habe aber einem Frankfurter Journalisten auf dessen Aufforderung hin einen Brief geschrieben, den dieser dem Inhalt nach veröffentlichte. Es wird besonders betont, daß der Briefschreiber sich über die Absichten des Journalisten nicht im Zweifel sein konnte, und daß mit keinem Wort etwa die Veröffentlichung verboten worden sei. Ja, der Brief habe sogar noch gegen andere Sportführer Vorwürfe enthalten, die man aber aus Lokalsitäts-gründen nicht veröffentlicht hat.

Auf den Ausgang dieses Kesseltreibens gegen den bekann-ten Leichtathleten darf man gespannt sein.

## Motorboot-Weltrekord

### Gar Wood erreicht 201 Stundenkilometer

Nach mehreren erfolglosen Versuchen ist es dem bekann-ten amerikanischen Motorbootrennfahrer Commodore Gar Wood am Dienstag gelungen, den von dem Engländer Raye Don mit der „Rif England III“ am 18. Juli d. J. mit 192,812 Stundenki-ometer aufgestellten Geschwindigkeits-Weltrekord der Motorboote für Amerika zurückzuerobern. Auf einem abgedeckten 3-Meilen-Kurs auf dem St. Clair-See bei Detroit holte Gar Wood in Hin- und Rückfahrt die phantastische Durchschnittsgeschwindigkeit von 124,91 englischen Meilen oder 201,166 Stundenki-ometer mit seinem 6400 PS starken Rennboot „Rif Amerika X“ heraus. Damit ist der Weltrekord zum vierten Male in diesem Jahre verbessert worden.

## Ein russischer Sportorden

Sowjetrußland ahmt jetzt die Methoden des Deutschen Reichs-ausschusses für Leibesübungen nach, indem es ein allgemeines Sportabzeichen einführt. Bekanntlich gibt der RSt seit Jahren in Deutschland ein Sportabzeichen heraus, das alle die bekommen, die gewisse Übungen in den verschiedensten Sportarten beherrschen. Der Eitelkeit junger Leute wird damit Rechnung getragen, indem man ihnen gestattet, das Sportabzeichen auf der Kleidung zu tragen. Die Arbeiterportler haben solchen Firlefanz bisher mit Recht abgelehnt. Jetzt kommt Sowjetrußland und seine „Krote Sportinternationale“ mit derselben Sache heraus. Es ver-sieht sich dabei um selbst, daß die Leibesübungen dem bolsche-wistischen Staatsgedanken dienstbar gemacht werden. Aufringste verbunden mit den sportlichen Übungen ist aber auch der militärische Drill. So werden nicht nur Schwimmen und Rudern, Laufen, Springen und Radfahren verlangt, sondern auch ein Marsch über einen Kilometer unter der Gasmaske, ferner für Männer und Frauen der Handgranatenwurf. Die Männer müssen weiter einen 32 Kilo schweren Patronenkasten auf die Schulter setzen und 50 Meter weit tragen können. Wer das richtig kann, erhält die Medaille!

## Freiorganisierte in der DT.

Es ist immer noch die bedauerliche Tatsache festzustellen, daß Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern in den Vereinen der bürgerlichen, stadtreaktionären Deutschen Turnerschaft sind. Obwohl der zweite Vorsitzende der DT., Herr Dr. Neuvendorf, in der Zeitschrift der DT. eindeutig zum Ausdruck gebracht hat, daß „Marxisten“ in der DT. nichts zu suchen haben, können sich die Freiorganisierten immer noch nicht entschließen, der reaktionären Gesellschaft den Rücken zu kehren. Sie glauben immer noch, daß es „nicht so schlimm“ ist, Mitglied in der DT. zu sein und sie glauben es immer noch mit ihrem proletarischen Bewußtsein verein-

baren zu können, einer Führerschaft nachzulaufen, die das höchste Maß von reaktionärer Gesinnung und Betätigung erkennen läßt. Anlässlich des Reichs-Spiel- und Sporttages der sozialistischen Arbeiterjugend wollte der Bezirk Weißen-Ries-Gröhenhain in Röderau einen Spieltag abhalten. Obwohl die Veranstaltung pflichtgemäß angemeldet und vom Bürgermeister genehmigt war, unter-sagte die Amtshauptmannschaft die Durchführung des Spieltages und ließ Gendarne darüber wachen, daß die SAJ, weder Sport noch Spiel betrieb. Auf eine Anfrage begründete die Amtshauptmannschaft das Verbot damit, daß am gleichen Tage auch die Deutsche Turnerschaft in Röderau ein Fest veranstaltet. Daß die Fürsorge der höheren Stellen wirklich unangebracht war, beweist am besten die Ju-loge des Bürgermeisters, der ja doch die örtlichen Verhältnisse kennen muß. So weit ist es also gekommen, daß wegen der DT. die SAJ zurückstehen muß. Das sollte den Freiorganisierten in der DT. denn doch zu denken geben. Ihr Flieg ist jedenfalls in den Arbeiter-sport-vereinen und nirgends anders!

## Sportspiele der Erwerbslosen

Als Abschluß der Erwerbslosen-Sommer-spiele veranstaltet die Freie Turnerschaft Groß-Berlin am Donnerstag, 29. September, von 10 bis 14 Uhr auf dem Egerzierplatz an der Schönhauser Allee ein Sportfest für Erwerbslose. Es können alle Vereine ihre Erwerbslosen dazu melden. Ausweis ist mitzubringen — Aus-schreibung: Dreikampf: Männer, Frauen, Jugend 100 Meter, Weitsprung, Kugelstoßen; Einzelkampf: Männer 300 Meter, 1500 Meter, Speerwerfen; Jugend 200 Meter, 800 Meter; Stafetten: Männer 4 × 100 Meter, 10 × 200 Meter, Eger gegen Friedrichshain. Ferner finden noch vier Fußballspiele statt: Otten-Norden III, Nordost-Norden I, Rotweiß-Mitte, Nordring-Reinickendorf. Meldungen bis 25. September an Ewald Grall, Berlin N. 31, Bernauer Str. 74.

## Kinderfest im Friedrichshain

Unter diesem Motto steht die Veranstaltung der Kinderfreunde Friedrichshain und der Kindergruppen der F.T.S.B.-Öften, die am Sonntag, 23. September, auf dem Sportplatz im Friedrichshain als Spiel- und Sporttag durchgeführt wird. Unter der Fahne der Roten Hölzer und dem Zeichen des Arbeitersports werden Arbeiterkinder zu frohem Spiel und Wettkampf vereint sein. Als dritten im Bunde nennen wir den „Sturmvoegel“ — Flugverband der Vertätigen —, dessen Bezirksgruppe Friedrichshain im Rahmen dieser Veranstaltung ein Flugzeug durch den Genossen Bürger-meister Niels, der zugleich die Festrede hält, taufen läßt. Der tausenden Kindern bekannte „Kote Kaspar“ ist ebenfalls zur Stelle. Also für Sonntag die Parole: Alles in den Friedrichshain! Stafetten, Kollerrennen für die Kleinen, Bölker- und Handball-spiele, Volkszüge und Kreis-spiele bilden das Programm. Eintritts-plaetten nur im Vorverkauf 10 Pf. Eintritt an der Kasse 20 Pf. Erwerbslose und Kinder 10 Pf.

## Bundestreue Vereine teilen mit:

„Ballhorst“, Kraftfahrer. Touren für Sonntag, 23. September. Ausflug der Ortsgruppe nach Pöß. Dazu starten die Abteilungen: Abt. Kreuzberg; 9 Uhr Reichenberger Str. 11. — Abt. Friedrichshain; 7 Uhr Vondoberger Platz. — Abt. Charlottenburg; 8 Uhr Grün-Edt Alsterstraße. — Abt. Mitte; 8 Uhr Englische Str.

Sportverein Moabit. Beginn der Vereinsabende im Stadthof Turn-krasse Donnerstag, 22. September, 20½ Uhr.

Arbeiter-sportklub Voermitz. Trainingsabend jeden Freitag um 20 Uhr in der Sporthalle Alexanderstr. 107. Gäste herzlich willkommen.

SAJ. Rot-Weiß. Vereinsversammlung heute bei Ufert. Sleimtr. 36.

Sportverein Moabit. Sonntag Abendsport im Jaspersaal. Treffpunkt: Kinder 8 Uhr, alle übrigen Teilnehmer 12 Uhr Bahnhof Potsdamstraße. Dienstag, 27. September, 19½ Uhr, bei Kötel, Putschstr. 10, Versammlung aller Leichtathleten und Jungmädchen.

SAJ. Poles. Sonntag, 24. September, Riesenfahrt nach Wendenbüsch zum Geogelick Forstrevier. Treffpunkt 10 Uhr. Die Altersstufe ab 14 Jahren nachmittags unterwegs Fußballspiele mit anderen Brudervereinen ab. Abreise Freitag, 20 Uhr, in der Halle in der Frieberstr. 31. Gäste willkommen. Wer beteiligt ist am Fußballturnier am 24. September in Mahlsdorf bei den Altersstufen im 1. Kreis! Am Freitag Mannschaftsausscheidung.

Turnvereine des „Reichsbanner“. Freitag, 23. September. Photoabteilungs-gemeinschaft: Berlin, Schumannstr. 13 (Pantelfammer). — Photoabteilungs-gemeinschaft: Berlin, Pergler, 20. — Photoabteilungs-gemeinschaft: Otten-Norden III. Treffpunkt: Berlin, 20.

# Rätsel-Ecke des „Abend“

### Magische Quadrate

I	II
III	IV
V	VI

Die Buchstaben a a a a a a a a a a b b b b b b b b d d o o o o o o o o o o e e e e e e e e e e g g g h i i i i i i i i l l l l m m n n n o o o o o r r r s s s t t t t u u z z sind so in die Quadrate zu ordnen, das die waagerechten und senkrechten Reihen gleichlautend folgendes ergeben:

I. 1. Anämie; 2. Nebenflut d. Donau; 3. Baum-schmuck; 4. „Erben“, poetisch. — II. 1. Ferment des Rinder-magens; 2. griech. Kriegsgott; 3. griech. Buchstabe; 4. Fluß in Polen. — III. 1. Japan. Breitspiel; 2. Edel-metal; 3. weibl. Vorname. — IV. 1. Nebenflut d. Redar. — V. 1. engl. Bier-ortie; 2. Adam's Sohn; 3. Erdart; 4. Berg in Braunschweig. bg.

### Diamanträstel.

R
R
R
R
R
R
R
R
R
R
R
R
R
R
R
R
R
R
R
R

Die Buchstaben A A A A A A B C H C H C H D D D E E E E E E E E E F F F G H I I L L L M N N N N N N N N N O O R R S S S T T C H ein Buchstabe sind so in die leeren Felder zu setzen, daß die waagerechten Reihen, Wörter folgender Bedeutung ergeben: 1. Münch-gehalt; 2. Han-werkszeug; 3. Teil des Wagens; 4. Ge-länder; 5. Vertiefungs-treue Organisation; 6. Südfrucht; 7. Ruhetag; 8. Kloster-be-wohnerin; 9. Bild — Sind die Wörter richtig ge-lunden, so ist die mittlere Waagerechte gleich der mittleren Senk-rechten. H. O.

### Stufenrästel

1.	a a a b d e e e e e e e g g i i i i k l m n o p r r r r s u v x z. Vorstehende Buch-staben sind in die Figur so ein-zuordnen, daß die waagerechten Reihen folgendes ergeben: 1. Konsonant; 2. Tierprodukt; 3. Fluß in Südfranzose; 4. Ver-bannung; 5. Spielleitung; 6. spanischer Romanschriftsteller; 7. norwegisches Küstengebirge; 8. Balkonplazze. — Die erste senk-rechte Reihe A-B nennt einen sozialdemokratischen Führer.
2.	
3.	
4.	
5.	
6.	
7.	
8.	

### Zahlenrästel

1 2 3 3 4 4 5 6 7 5 8 bekannter Bergspiel: 2 5 4 8 2 Kampf-bahn; 3 6 4 2 3 4 5 Bildungsalte: 3 7 5 4 5 7 Stiertäpfer; 4 5 2 3 7 griech. Mafe: 5 7 1 1 4 Kartenspiel; 6 4 5 3 2 weibl. Vorname: 7 5 2 3 7 5 Redner; 5 6 7 8 4 Fluß in Frankreich; 8 7 3 2 5 Urkundenbeamter.

### Auflösungen der letzten Rätsel

Kreuzworträstel. Waagerecht: 1. Arena; 5. Islam; 8. Lore; 9. Baum; 10. Esra; 12. Rede; 13. Effen; 14. Salza. — Senkrecht: 2. Kofe; 3. Raab; 4. Alpen; 5. Irene; 6. Wagen; 7. Emden; 11. Afa; 12. Kofe.

Silbenrästel: 1. Mokte; 2. Tur; 3. Raab; 4. Karotte; 5. Arterie; 6. Neumond; 7. Rizza; 8. Delbet; 9. Hier; 10. Elfe; 11. Cavater; 12. Wermut; 13. Cuador; 14. Renner; 15. Niblisten; 16. Macdonald; 17. Migration; 18. Kafe. — „Man kann viel, wenn man sich nur viel zutraut.“

Magische Figur: 1. Granat; 2. Panama; 3. Ananas; 4. Samara.

Silbenkreuz: 1+2 Bene; 3+4 Hering; 5+6 Segel; 7+8 Rabel; 2+8 Rebel; 7+3 Rahe; 5+1+4 Sverring; 7+5 Rafe; 3+8 Hebel; 7+6 Rigel; 3+6 Hegel.

Zahlenrästel: Für die Arbeiter ist das Beste gerade gut genug. — Schlüsselworte: Bürste, Erfurt, Diener, Ganges.

Enttäuscht: Geier — Eier.

Groß und größer: Dom — Rom.